

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 24 • 7. Jahrgang

Berlin, 15. Dezember 1926.

Weihnachtsklänge.

Die Welt wartet der Weihnachtsbotschaft, wartet der Botschaft der Engel, daß Frieden auf Erden sei. In die Herzen der Menschheit lenkt sich erneut der Glaube, „daß Jesus Christus kommen ist in die Welt, die Sünder selig zu machen“. Immer wieder erfüllt die alte Mär von der Geburt Christi, von der Verheißung der Engel mit der himmlischen Friedensbotschaft die Herzen der Menschen. Es ist etwas Wunderbares um den Christenglauben, wie er sich um die Geburt des Heilandes der Welt rankt, wie er sich an die Engelsbotschaft vom „Frieden auf Erden“ hängt, an die Botschaft, die unmöglich ist von dem Glanz des Sterns von Bethlehem, überstrahlt von dem Licht der Weihnachtssterzen, umweht von dem Duft des Tannenbaumes im weihnachtlichen Schmud.

Es ist etwas Wunderbares um das Weihnachtsfest, das den Menschen Frieden auf Erden und ein Wohlgefallen kündigt. Den Menschen allen, nicht einem auserwählten Volk, sondern allen Menschen, ob Christen oder Juden, Gerechten oder Ungerechten. Es ist das große Veröhnungsfest zwischen Gott- und Menschheit. Die Schuld soll ausgelöscht sein, wenn wir glauben, daß nicht die Menschheit in ihrem Bahm die Welt gestaltet, sondern daß ein Venter der Geshichte über uns schwebt, der auch unser Leben leitet. Die menschliche Seele soll eine Hoffnung haben, eine Hoffnung und ein Ziel. Die menschliche Schuld drückt den Einzelnen wie die Gesamtheit nach unten, wenn die Menschen keine Hoffnung haben, daß diese Schuld getilgt werden kann. Unter den Schuldbeladenen, niedergebückten Menschen kann es keinen Frieden, keine Freude, kein Aufwärts geben, wenn sie keine Hoffnung haben dürfen: der Wismut ermachet, der Reid, der Zorn, die Lüge. Es herrscht Unfriede, Uneinigkeit, Kampf.

In dieses Tal menschlicher Schwäche und menschlicher Schuld dringt plötzlich das Frohoden, die Verheißung:

Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Denn auch ist heute der Heiland geboren, um alle eure Schuld auf sich zu nehmen.

So die Weihnachtsgehsichte, der Weihnachtsglauben, die Weihnachtsbotschaft. Es gehört ein Christen-

glauben dazu, um die gewaltige Größe der Botschaft göttlicher Liebe zu erfassen, zu begreifen. Mit unserem rein menschlichen Verstand werden wir den eihischen Inhalt des Evangeliums der Liebe nicht verstehen, werden es um so weniger, als unsere heutige Zeit ganz auf Materialismus, auf Macht und Gewalt eingestellt ist. Man hört zwar gern die Botschaft vom „Frieden auf Erden“, folgt aber in Wirklichkeit der Parole vom Kampf Aller gegen alle. Es sieht also im allgemeinen wenig weihnachtlich auf Erden aus, wenig weihnachtlich und wenig friedlich.

Nehmen wir gar die Verhältnisse, wie sie sich in der sogenannten hohen Politik entwickelt haben, dann kann man von dem göttlich verheißenen Frieden auf Erden wahrlich nichts verspüren. Man hat den Frieden zwar viel im Munde geführt, hat ihn sogar in Verbindung mit sogenannten Verträgen gebracht, aber weniger denn je ist der Frieden auf Erden zu finden. Was sie Frieden nennen, ist in Wirklichkeit schamloser, grauhamer Krieg; Krieg gegen die Wehr- und Waffenlosen, Krieg gegen die Wahrheit und Gerechtigkeit, Krieg vor allem gegen menschliche Kultur und Zivilisation; Krieg gegen göttliches Recht, gegen christliche Geseitigung und Geseimung.

Sehen wir um uns: herrscht Frieden am Rhein, an der Saar, in Danzig und Polen, im Rencelgebiet, in Ost-Oberhschlesien, in der Tschechoslowakei, in Süditalien, in Esth-Lothringen? Überall sehen wir Krieg gegen das Deutschtum, gegen deutsche Kultur, gegen deutsches Volk. Nirgends dort vernahm man seit Beendigung des Krieges je ein Wort des Friedens, auch nur ein Wort des Friedenswillens.

Und dennoch; ganz leise wagt sich in einigen Staaten, die den Gewaltfrieden diktierten, die Erkenntnis hervor, daß so der Frieden nicht zustande kommen kann, der dauernd, die Menschheit erlösend sein soll. Ganz leise wagt man, nach einem wirklichen Frieden zu rufen, nach einem Frieden, der Veröhnung voraussetzt. Daß es gerade Deutschland war, das nicht nur den Frieden rief, sondern ihm auch den Weg nach Europa ebnete, das hat soeben das Nobel-Preis-Institut bekundet, indem es dem deutschen Reichsaußenminister den Friedens-Nobelpreis verlieh.

Noch ist der Frieden nicht da — fremde Besatzung und Mißachtung geschlossener Verträge und menschlicher Geseße sind nicht Kennzeichen des Friedens —, noch ist nicht einmal die Volkshaus verhandelt, das es Frieden werde. Aber ein allgemeines Friedenszeichen hat die Menschheit ergriffen und die Gewißheit, daß ein Fortbestehen der schönen, friedlichen, friedlichen Verhältnisse nur sicher in den Abgrund führen, daß es dem Verderben entgegenstreben muß.

Daher das leise Klopfen an der Tür des Friedens, das Worten auf die Volkshaus vom Frieden auf Erden.

In Locarno hat man sich erstmals auf neutralem Boden getroffen, um zunächst einmal zu versuchen, sich zu verständigen darüber, was unter Frieden zu verstehen sei. Man hat geglaubt, dem Frieden näherzukommen, wenn man eine sogenannte neue Sicherheitsgarantie schuf, zu der sich eine starke Mächtegruppe einmischen, entschließen, von starken Militärkräften umstellten Einzelstaat gegenüber zusammenfand. Leider hat diese angebliche Friedensgarantie den Frieden nicht gebracht, hat ihn nicht gebracht, weil man auf der andern Seite den wirklichen Frieden nicht ernstlich wollte. Locarno war daher zunächst nur ein Papierfrieden, dem der Geist des Friedens, das Vertrauen, wohl auch das Wollen fehlte.

So kam denn Genf und Thoiry. Hier postete wohl der Frieden erstmals ernsthaft an die Herzen der einseitigen Kriegesgegner, hier wurden zum ersten Male Gedanken laut, daß die Menschheit nur gefunden, die Völker nur sich entwickeln können, wenn der ungeliebte Geist des Krieges, der Gewalt, des Missetums verschwindet und durch den Geist der Barmherzigkeit, des Friedens ersetzt wird.

Es ist ein langer, ein beschwerlicher Weg, den der Frieden zu gehen hat, ehe er wirklich den Eingang zu Europa findet. Immer wieder stellen sich ihm Widerwärtigkeiten entgegen, Widerwärtigkeiten und selbst Feindschaft.

In Genf hat man sich Anfang Dezember abermals zusammengefunden, um über den Frieden Europas zu beraten. Wären wirklich alle Herzen der an diesen Beratungen Beteiligten von der Weihnachtsfeierlichkeit erfüllt, dann hätte es tatsächlich nicht schwerfallen können, dem Frieden in Europa eine dauernde Stätte zu bereiten. Wenn es noch nicht dazu gekommen ist, wenn dem Frieden die Bahn noch nicht völlig freigemacht wurde, dann lag das daran, daß immer wieder von Paris aus der Geist von Versailles in diese Genfer Verhandlungen hineingedrängt wurde, dieser Geist, der der Feind des Friedens ist. Man ist sich deshalb auch in Genf über die sogenannten Reispunkte in der Entwaffnungsfrage nicht einig geworden, so daß man nicht wagte, eine Erklärung, eine Wahrheit festzustellen, nämlich die, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen zeitlos nachgekommen ist. Der Frieden ist also noch nicht auf Erden, wenn man heute auch geneigt ist, als noch der einen, als noch vor zwei Jahren, ihn anzunehmen. Noch nicht allerdings als freien Geistes, mehr noch als Fremdling, dem man Bedingungen stellt, wenn er sich in Europa bewegen will. Aber immerhin, es ist ein Anfang, von dem man erhoffen kann, daß man es nicht bei diesem Anfang beläßt. Es ist ein Fortschritt, ein gewaltiger Fortschritt, wenn man nur drei oder vier Jahre weiter zurückdenkt.

Im Saargebiet hatte man diesmal vom Völkerbund eine wirkliche Weihnachtsfeierlichkeit

erwartet. Man hatte gehofft, daß unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen der Völkerbund diesmal beschließen würde, daß nun endlich noch langer, schwerer Zeit die Wohlthaten des Krieges, die Symbole der Feindschaft und die Verfechter eines Gewaltregimes, nämlich die französische Besatzung, aus dem Saargebiet herausgezogen würden. Das hätte für das Saargebiet tatsächlich eine verheißungsvolle Volkshaus vom kommenden Frieden auf Erden bedeutet. Der Völkerbund hat sich aber nicht zu dieser Entscheidung entschließen können, nachdem Frankreich wiederum für die Herstellung eines vertraglichen Zustandes besondere Bedingungen zur Aufrechterhaltung seiner vertragsmäßigen Vorherrschaft im Saargebiet verlangt hat. Da man sich im Völkerbund über die Bedeutung des Friedens, über die Forderungen des Rechts und über die Heiligkeit der Verträge nicht einig werden konnte, so hat man das getan, was man bisher in Genf in solchen Fällen immer tat, man hat die Angelegenheit wieder einmal verschoben. Die Regierungskommission ist aufgefordert worden, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten, mit dem man sich dann vielleicht auf der Märztagung des Völkerbundes beschließen will.

Die Saargebetsbevölkerung ist also damit abermals um eine Enttäuschung reicher, um eine Hoffnung ärmer. Wenn daher in diesen Tagen die Weihnachtsgloden durch die deutschen Landstrassen, dann finden sie wie in den letzten Jahren zwar die Engelsvokale vom Frieden auf Erden, sie finden aber nicht den Frieden, der die Menschen wieder freier und froher anfaulen läßt. Aber immerhin wird ihr Klingeln diesmal ein anderes sein als in den letzten Jahren, ein hoffnungsfreudigeres, da, wenn der Frieden wirklich über Locarno und Genf nach Europa kommen sollte, er auch seinen Weg in das Saargebiet finden muß.

Es sind also doch Weihnachtsklänge, die durch das Saargebiet hallen, Weihnachtsklänge, die uns die kommende Volkshaus vom Frieden anrufen lassen. In deutschen Ländern wird man daher in diesem Jahre das Weihnachtsfest mit ganz anderem Empfinden feiern, da durch die letzten Verhandlungen in Genf die Hoffnung in uns geweckt wurde, ist, daß sich zwei Mächte, die sich einst als Erbfeinde gegenüberstanden, anstehen, einander die Hände zu reichen, um Frieden zu schließen zum Besten ihrer Völker, zur Aufrichtung des Friedens in Europa. Das sind Hoffnungen, die uns froher stimmen dürfen, Hoffnungen, die uns Kraft machen sollen, den Wiederaufbau Europas, den Wiederaufbau Deutschlands, den Wiederaufbau unseres Selbstvertrauens mit aller Kraft zu betreiben. Im Saargebiet wird man dem Klange der Weihnachtsgloden mit der selben Hoffnung im Herzen lauschen, daß das zeitliche Getremsen vom übrigen Deutschland Vaterland trotz allem bald ein Ende nehmen muß. Wenn im Saargebiet das Weihnachtsfest eingeläutet wird, wenn die Weihnachtsgloden die deutschen Menschen an der Saat in die Kirchen rufen, um die Engelsvokale vom Frieden auf Erden entgegenzunehmen, dann werden sich in diese weihnachtliche Stimmung Gedanken mischen, daß auch für die Saarpolitik bald die Weihnachtsgloden erklingen werden, um zu verkünden die Volkshaus der Engel: Friede auf Erden, Friede für Deutschland, Friede auch für das Saargebiet.

Rauschen wir so dem tieferen Sinn der Weihnachtsklänge!

Die abermalige Vertagung der Saartruppenfrage in Genf.

Die soeben abgeschlossene Dezemberberatung des Völkerbundes sollte sich tagesordnungsgemäß wiederum einmal mit der Frage der Saarbesatzung beschäftigen. Es ist wohl kaum noch schätzbar, wie oft diese Frage auf der Tagesordnung des Völkerbundes stand und wie oft sie unerledigt abgehakt wurde. An dieser Stelle ist so oft auf die Bestimmungen des Saarklausens verwiesen worden, das in seinem § 30 bestimmt, daß „im Saarlande keinerlei Festbesatzung, weder polizeimäßiger noch freiwilliger Gendarmerie werden darf und daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung nur eine örtliche Gendarmerie eingerichtet werden soll“, daß es sich erlauben dürfte, hier nochmals erneut darauf näher einzugehen. Auch der raffinierteste ausgeklügelte Jurist ist nicht in der Lage, aus den angegebenen klaren Bestimmungen herauszufinden, daß etwa eine fremdländische Besatzung nicht unter diesen Voraussetzungen viele Lebens-

falls hatte man bisher jede juristische Epithetigkeit beiseite gelassen, und die Beibehaltung einer französischen Besatzung lediglich damit zu erklären versucht, daß bisher die Aufstellung der geforderten deutschen Gendarmerie in hinreichender Höhe nicht möglich war und somit die Sicherheit für die französischen Saargruben nicht gewährleistet werden konnte.

Nachdem alle bisherigen vorgeschobenen Gründe durch die Entwicklung der Verhältnisse hinfällig geworden waren, ist französischerseits ein neuer Gesichtspunkt in den Vordergrund getreten worden, der nämlich, daß die Sicherheit der Besatzungstruppen am Rhein es erforderten, die Saarbahnen als strategische Achsenlinien für die französische Rheinarmee sicherzustellen. Unerklärlicherweise hat sich der Völkerbund dieser französischen These angeschlossen und die Saarkommission beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, der den fran-

zösischen Erwägungen Rechnung trägt. Es ist bekannt, daß man sich innerhalb der Saargebietung nicht auf einen einheitlichen Vorschlag einigen konnte, da die Vertreter der französischen Interessen in der Saargebietung, der französische Richter, der Belgier Lambert und der Tischehe Besenitz für die Beibehaltung von zwei Bataillonen französischer Truppen als Bahnschutz eintreten, während der kanadisch-englische Präsident Stephens die bedingte Jurisdiktion, das saarländische Mitglied Rogmann die bedingungslose Jurisdiktion der Truppen verlangten.

Es mußte übersehen, daß plötzlich in Genf in den Vorkeraturationen für die Saarfrage der Gedanke auftauchte, unter jeglicher Außerachtlassung der Vorschläge der Saargebietung den von Frankreich geforderten Bahnschutz durch ein Schutzkorps ausüben zu lassen, der seinerlei militärischen Charaktere tragen und aus Zivilpersonen bestehen sollte, die von der Saargebietung ausgewählt werden und ihr ausschließlich unterliegen sollten. Der Wunsch von den juristischen Sachverständigen ausgearbeitete Vorschlagsentwurf ist aber so allgemein gehalten, daß es die aus dem Saargebiet in Genf erschienenen Saardelegationen in richtig hielten, den deutschen Juristen Dr. Haus nabezuliegen, in das Abkommen für den Bahnschutz des Saargebietes folgende drei Bedingungen aufzunehmen:

1. Die Stärke des Bahnschutzes soll 200 Mann nicht übersteigen.
2. Dem Korps muß jeder militärische Charakter genommen sein und es muß isoliert werden, um zu verhindern, daß mit Hilfe dieses landfremden Elements politische Propaganda im Saargebiet betrieben wird.
3. Die Einführung des Zivilkorps darf nicht zur Säufung eines Präzedenzfalls dienen, der etwa später zur Regelung ähnlicher Fragen herangezogen werden kann.

Ferner wurde verlangt, daß die zurzeit noch von der französischen Besetzung im Saargebiet besetzungsarmen Gebäude und Wohnungen reiflos der Benutzung durch die saarländische Bevölkerung zugewährt werden und andere.

Es spricht nicht gerade für eine einseitige Politik, wenn von französischer Seite die Einwendungen der saar-deutschen Vertreter abgelehnt wurden. Die in Genf anwesenden juristischen Sachverständigen Deutschlands, Frankreichs und Englands haben sich denn zwar noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt, ohne daß es gelungen wäre, zu einer Einigung zu kommen.

Es ist dabei bezeichnend, daß von französischer Seite versucht worden ist, den juristischen Sachverständigen Deutschlands, Dr. Haus, davon zu überzeugen, daß eine Beibehaltung von Truppen im Saargebiet zum Schutze der Saarbahnen durchaus verträglich sei, indem man sich auf den Artikel 428 des Versailler Vertrages berief. Hierbei handelt es sich aber nur um eine Falle, da dieser Artikel selbstverständlich auf das Saargebiet keine Anwendung finden kann. Der Versailler Vertrag unterscheidet scharf zwischen „Kleines Rheinufer“ (Abschnitt III der „Politischen Bestimmungen über Europa“) und „Saarbecken“, das im Abschnitt IV behandelt ist. Artikel 428 bezieht sich lediglich auf die in Abschnitt III der politischen Bestimmungen in Europa festgelegte Abgrenzung der besetzten Gebiete. Das ergibt sich ferner ganz zweifellos aus dem Rheinlandsabkommen, das in Artikel 1 den „Umfang des besetzten Gebietes“ unter Hinweis auf Artikel 424 ff. nochmals ausdrücklich feststellt. Das Saarbecken, wie auch die neutrale Zone gehören nicht zum besetzten Gebiet. Bisher hat Frankreich diese Auffassung auch selbst rückhaltlos vertreten, indem es u. a., um Angriffen wegen der Beibehaltung einer französischen Besatzungsarmee im Saargebiet aus dem Wege zu gehen, den französischen Saartuppen die Bezeichnung „Garnisonstruppen“ gegeben hat, die nicht dem Kommando der französischen Rheinarmee, sondern direkt dem französischen Kriegsminister unterstellt sind.

Ein weiterer Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Rheinlandskommission, die nach Artikel 2 des Rheinlandsabkommens „in den besetzten Gebieten die oberste Vertretung der alliierten und assoziierten Mächte“ ist, im Saargebiet keine Befugnisse hat. Im übrigen ergibt sich die besondere Stellung des Saargebietes aus den Artikeln 46 und 49 des Versailler Vertrages, die das Gebiet an der Saar als „dem Völkerverbund unterstellt“ bezeichnet.

Daß der Vorschlag, die französischen Saartuppen durch ein ziviles Bahnschutzkorps zu ersetzen, für die deutsche Regierung eben so unannehmbar war wie für die Saargebietbevölkerung, verriet sich von selbst, wenn man berücksichtigt, daß der belg. Vorschlag nur allgemein gehalten war und nähere Bestimmungen über Charakter, Befugnis, Rechtsstellung usw. nicht gegeben wurden. Wie man erfährt, war in diesem Vorschlag unter anderem gelagt, daß dieser „internationalen zivilen Truppe“ keine Deutschen angehören sollen. Die Truppe soll im Saargebiet selbst untergebracht werden, und zwar in Privatwohnungen, so daß sich die Wohnkosten der Saar wesentlich vermindern müßte. Die Frage ist nicht geklärt, wer für die Unterhaltung dieser Truppe aufkommen soll. Der Vorschlag, daß sie der Saargebietung unmittelbar unterliegen sollte, läßt die Vermutung zu, daß man dem Saargebiet nicht nur die Wohnungskosten, sondern auch die Unterhaltungs- und Besoldungskosten aufzubürden versucht. Wie man weiter hört, verlangt Frankreich, daß diese Bahnschutztruppe mindestens die Kopfstärke von zwei Bataillonen haben soll, d. h., von mindestens 1200 bis 1500 Mann. Man erkennt daraus deutlich die Tendenz, die sich in der Politik Kautls zeigte, als er dem Völkerverbund gegenüber die Auffassung vertrat, daß nur ein Gendarmierkorps in Stärke von 3000 Mann die Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an der Saar verbürge. Kault hat dabei jedoch zum Ausdruck gebracht, daß eine zuverlässige zivile Gendarmiertruppe in dieser Höhe im Saargebiet nicht aufgebracht werden könne, so daß die französische Besetzung nicht reiflos zurückgezogen werden könne. Offenbar versucht Frankreich auf dem Umwege über das sogenannte internationale zivile Bahnschutzkorps diese Schutztruppe von insgesamt 3000 Mann doch noch zu erreichen, wobei es scheint den Plan verfolgt, daß dieses sogenannte Bahnschutzkorps an Kopfstärke nicht schwächer ist als das östliche Gendarmierkorps.

Wenn man diese Gesichtspunkte berücksichtigt, dann wird man verstehen können, daß die deutsche Delegation in Genf kein Interesse daran hatte, sich auf eine nicht genügend geklärt, mit Frankreich verhandelte Angelegenheit einzulassen. Sie hat aus diesem Grunde im Einverständnis mit den Saardelegationen Vertagung der Angelegenheit beschlossen, und sich dem Bericht des italienischen Vertreters an den Völkerverbund angeschlossen, in welchem es unter anderem heißt:

„Amern 18. März 1926 nahm der Rat von verschiedenen Ausführenden der französischen Regierung hinsichtlich der Tatsache, daß der Abzug des Reges der im Saargebiet stationierten Truppen hinfenweise weiter geführt wird, Kenntnis. Ich habe die Ehre, vorzuschlagen, daß der Rat unter Bezugnahme auf seine vorhergegangene Entscheidung die Regierungskommission ersucht, die Frage der Freiheit der Transpore und des Transits auf den saarländischen Bahnen einer erneuten Prüfung zu unterziehen, um den Weg, der zu diesem Ziele führt, festzusetzen. Es ist zu hoffen, daß der Rat gelegentlich seiner nächsten Zusammenkunft auf diese wichtige Vorfrage vorfinden wird, die es ihm ermöglichen, in dieser Frage zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen.“

In diesem Bericht kommt also zum Ausdruck, daß der Völkerverbund der französischen Regierung die Erwartung zu erkennen gibt, daß eine hinfenweise Jurisdiktion der französischen Saartuppen im Sinne des Beschlusses des Völkerverbundes im März d. J. auch weiterhin durchgeführt wird.

Im Saargebiet hat die Haltung des Völkerverbundes enttäuscht, weil man unbeschadet einer Regelung des Bahnschutzes, erwartet hat, daß er beschließen würde, daß die Jurisdiktion der Truppen nunmehr reiflos, spätestens bis zum Wiedergesamttritt des

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 12, Jahrgang 2, der „Saarheimatbilder“ bei.

Wälderbundesrates durchzuführen wäre. Dieser Beschuß dürfte um so eher ermartet werden, als er grundsätzlich bereits früher gefaßt worden ist. Damals nämlich, als er im Sinne der Auffassung des englischen Wälderbundesdelegierten Lord Cecil festgestellt, daß ein Gendarmeriecorps in Stärke von 1000 Mann unter normalen Verhältnissen in der Lage sei, Ruhe und Sicherheit im Saargebiet zu verbürgen.

Da aber Frankreich unter allen Umständen einen direkten politischen Einfluß im Saargebiet ausüben versucht, der bisher eingehendertmaßen durch die französische Besetzung getilgt wurde, so hat sich der Wälderbundsrat wieder einmal nicht dazu entschließen können, die Zurückziehung der Besetzung nunmehr auch endlich zu fordern. Diese Beeinträchtigung der Entschließungen des Rates durch Frankreich in der Saargebiet hat im Saargebiet begreiflicherweise erneut starke Enttäuschung und Beunruhigung hervorgerufen. Das ergibt sich mit besonderer Deutlichkeit aus einer Entschließung, die unmittelbar nach dem Entschluß des Wälderbundesrates die Zentrumsparlei für das Saargebiet mit Einstimmigkeit beschloß. Diese lautet wörtlich:

„Die in Saarbrücken tagende Versammlung der Zentrumsparlei spricht einstimmig ihre tiefste Enttäuschung darüber aus, daß der Wälderbundsrat auf seiner gegenwärtigen Tagung den sofortigen Abzug des Militärs aus dem Saargebiet wiederum nicht beschloßen hat. Nach dem klaren und eindeutigen Wortlaut des Versailler Vertrages darf im Saargebiet kein fremdes Militär stationiert

werden. Sechs Jahre nach der Errichtung der Wälderbundsheit im Saargebiet sehen noch immer zwei französische Regimenter im Gebiet. Dieser Zustand verstoßt gegen den Versailler Vertrag und fordert Beseitigung. Die Saarbevölkerung hat durch ihr bekanntes Verhalten gezeigt, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung der Schutz fremden Militärs nicht erforderlich ist.

Die Versammlung spricht ferner einmütig den dringenden Wunsch aus, daß das Saargebiet als rein deutsches Land baldigst wieder dem Deutschen Reich, von dem es gegen den Willen der Bevölkerung getrennt wurde, angegliedert wird.“

Diese Entschließung entspricht der einmütigen Auffassung der Saargebietsbevölkerung und ist als Willensäußerung der Bevölkerung aus dem Wälderbund nach Genuß übermittelte worden. Leider ändert aber diese Kundgebung nichts an der Tatsache, daß französisches Militär auch weiterhin an der Saar verbleibt.

Der Hinweis auf die Forderung des Wälderbundes auf eine stufenweise Zurückziehung der Saartruppen wird Frankreich leider nicht veranlassen, hierin einen entscheidenden Schritt zu tun. Es verläutet nur, daß Frankreich „erwäge“, bis zum 31. März kommenden Jahres ein Regiment aus dem Saargebiet herauszuführen. Ob es hierzu kommen wird, steht noch nicht fest, und hängt wesentlich davon ab, wie sich die deutsch-französischen Verhandlungen fortentwickeln.

Reich und Saargebiet.

Anfang Dezember stattete das saarländische Mitglied der Saargebietregierung, Köhmann, dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten einen Besuch ab, außerdem kam ihm zu Ehren ein Frühstück beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann statt. Dieser Besuch Köhmanns in Berlin hat insofern eine allgemeinere politische Bedeutung, als es das erste Mal ist, daß von Seiten der Saargebietregierung ein offizieller Besuch bei der Reichsregierung gemacht worden ist. Aus dieser Tatsache kann somit geschlossen werden, daß das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Saargebiet sich nach der Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Saargebiet zum Präsidenten derselben an Stelle des französischen Staatsrats Roult geändert hat. Dabei ist hervorzuheben, daß die Reichsregierung keinen Anlaß gegeben hat, wenn dieses Verhältnis nicht so war, wie es bei korrekten Beziehungen zwischen zwei Regierungen hätte sein sollen. Unter der Präsidentschaft des Herrn Roult unterließ die Saargebietregierung jedoch lediglich mit Paris engere Beziehungen, während ihr Verhältnis zur deutschen Regierung nur in rein diplomatischen Verhandlungen bestand, ohne daß sie Wert darauf legte, mit den Leitern der deutschen Außenpolitik in persönliche Beziehungen zu treten.

Der jetzige Präsident Stephens hat es für seine Aufgabe gehalten, die bisherigen Beziehungen mit der Reichsregierung etwas persönlicher zu gestalten. Nachdem er am 24. November dem französischen Außenminister Briand einen offiziellen Besuch abgestattet hat, war es, wie wir erfahren, seine Absicht, jetzt auch dem deutschen Außenminister seine Aufwartung zu machen. Der in Aussicht genommene Besuch Anfang Dezember mußte aber verschoben werden, weil Präsident Stephens erkrankte. Dagegen hat es das saarländische Regierungsglied, Dr. Köhmann, für zweckmäßig gehalten, seinen gemeinsam mit Herrn Stephens vorgelegten Besuch noch vor der am 6. Dezember beginnenden Ratssitzung des Wälderbundes auszuführen. Präsident Stephens wird dagegen erst später seine Aufwartung der deutschen Reichsregierung machen. Dieser Besuch steht aber, worauf ausdrücklich hingewiesen werden mag, nicht mit den Verhandlungen des Wälderbundes über die Saartruppenfrage in Zusammenhang.

Was diese letztere Frage angeht, so ist festzustellen, daß diese als Punkt 20 auf der Tagesordnung der Ratssitzung stand. Sie erschien hier als „Bericht der Regierungskommission über die Maßnahmen der Regierungskommission zur Sicherung von

Militärtransporten auf den Saarbahnen“. Bekanntlich ist diese Frage vom Wälderbundsrat bereits dreimal verschoben worden, da innerhalb des Wälderbundsrats eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die ganze Angelegenheit gestaltete sich für den Wälderbund auch dadurch schwierig, weil über die Behandlung dieser ganzen Frage innerhalb der Saargebiet keine einheitliche Auffassung zu erzielen ist. Die aus dem französischen, belgischen und sächsischen Mitglieder der Saargebietregierung zusammengesetzte Mehrheit innerhalb der Saargebietregierung unterstützt das französische Verlangen, der französischen Besetzung an der Saar den Charakter der Bahnschutztruppen im Saargebiet zu geben und sie als solche im Saargebiet zu belassen. Präsident Stephens lehnt dieses Verlangen ab, wünscht Zurückziehung der französischen Truppen jedoch mit der Maßnahme, daß sie in Notfällen jederzeit wieder ins Saargebiet zurückgezogen werden können. Das saarländische Mitglied Köhmann dagegen verlangt in Uebereinstimmung mit den politischen Parteien des Saargebietes die Herstellung vertraglicher Zustände, d. h. bedingungslos sofortige Zurückziehung der Saartruppen.

Wohl hat das Saargebiet ein Interesse an einem solchen Verschwinden der französischen Truppen. So, es hat sogar ein ganz klares Recht darauf. Mit einer Vertauschung einer regulären französischen Besetzung durch eine irreguläre ist ihr aber nicht gedient. Zu was diese Truppe gut sein soll, das sieht man überhaupt nicht recht ein. Wie vorgehen, darf sie nur im Notfall eingreifen und dann auch nur zur Sicherung der französischen Truppentransporte. Für diesen Fall aber kann ja noch dem Entschluß des Wälderbundesrats im äußersten Falle Militär ins Land gerufen werden. Die Vermutung, daß es den Franzosen — die eine Räumung als nicht mehr zu umgehen ansehen und auch in Vorbringen bereits Vorbereitungen für den baldigen Rückzug treffen — vor allem darum zu tun ist, die Festlage zu wahren, liegt ziemlich nahe.

Von Seiten der deutschen Regierung wird selbstverständlich der Standpunkt des saarländischen Mitgliedes der Regierung, der allein den vertraglichen Bestimmungen entspricht, unterstützt.

Wie wir an anderer Stelle ausführlich berieten, hat der Wälderbundsrat die Saartruppenfrage erneut vertagt, nachdem sich die juristischen Sachverständigen über einen neuen Vorschlag nicht einigen konnten, die die Errichtung der französischen Truppen durch ein „jüliches Bahnschutzcorps“ vorah. Die „Saarbrücker Landesregierung“ bemerkte zu diesem Vorschlag mit Recht u. a.:

Die rechtliche Lage ist zwar mit dem Abzug der französischen Truppen geklärt, aber nicht die politische Lage, denn der zivile Bahnschutz hat offensichtlich aus politische Zwecke, die erst aus seiner Tätigkeit hervorgehen werden. Wie verlautet, soll dieser Bahnschutz aus Ausländern bestehen und nicht aus Einheimischen. Unter Berücksichtigung dieses von den Juristen vorgeschlagenen Kompromisses muß folgendes bemerkt werden: Die vorgelegenen Ausländer können zivile Militärpersonen sein, die unter der Mase „zivile Personen“ im Saargebiet dieselben Funktionen ausüben, die bisher das französische Militär getrieben hat. Wenn diese zivile Bahnschutzkommission auch der Autorität der Regierung unterstellt sein sollte, so kann damit allein die Frage noch nicht als gelöst betrachtet werden, da zur Genüge bekannt ist, daß im Augenblick die Mehrheit der Saargebietung immer noch im frankophilen Sinne wirkt und daher auch die Bahnkommission bei dieser Mehrheit in Ausführung des Bahnschutzes eine Stütze finden wird. Die Lösung mit der zivilen Kommission würde dieselbe im Saargebiet eine schmerzbringende psychologische Wirkung auslösen können, wenn dieser Bahnschutz aus wirklich neutralen Ausländern bestünde und nicht vielleicht aus abgedankten französischen Offizieren, wie dies bei der Grubenverwaltung des Saargebietes der Fall ist.

Die gleichen Bedenken äußert auch die „Saarbrücker Zeitung“, wenn sie schreibt: Der in Aussicht genommene Zivilstreifenkommando erweist doch gewisse Bedenken, die nur gestreut werden könnten, wenn zuvor gewisse Vorbedingungen erfüllt werden. Wer gibt nämlich Gewähr, daß es sich bei dieser Streifenmannschaft nicht einfach um verlapptes Militär unter französischem Kommando handelt, um welches ist die Zahl dieser Truppen? Der Plan, der der Saardelegation schon seit Montag bekannt war, wo sie ihn anlässlich eines Zusammenhanges mit Stresemann in Genf erörterte, müßte, bevor er für das Saargebiet wirklich eine Erfüllung seines Rechtes bedeuten würde, noch in manchen Punkten präzisiert werden. Es müßte verlangt werden, daß diese Truppe keinesfalls die Stärke von 200 Mann überschreite. Weiter müßte sie kaserniert gehalten werden. Sie müßte besonders kenntlich gemacht sein, die Befehlsgewalt müßte ihr genommen werden, sie müßte der Regierungskommission des Saargebietes unterstellt sein und dürfte keinesfalls unter dem Kommando einer französischen Behörde stehen. Endlich müßten selbstverständlich die Kosten durch Frankreich getragen werden.

Frankreichs Irrtum über das Saargebiet.

In Frankreich mehren sich immer mehr die Stimmen, die zugeden, daß die französische Spekulation auf das Saargebiet eine hundertprozentige Pleite ist. Kein vernünftiger Franzose denkt heute noch daran, daß für das Saargebiet eine andere Lösung als eine rücksichtslose und reißlose Wiedereingliederung in den Staatskörper des Deutschen Reiches in Frage kommen könnte. (Um so unerwünschter aber ist es, daß Frankreich seine verblüffende Besatzungspolitik an der Saar fortsetzt.) Der wiederholt hervorgetretene französische Senator René Marclat hat vor einigen Wochen eine Mitteilung in der „Ere Nouvelle“ veröffentlicht, in der er den Grundriß der französischen Saarpolitik und den unbedingten rein deutschen Charakter des Saargebietes hervorhebt. Seinen ersten Aufsatz überschrieb er denn auch freimütig: „Unser fundamentaler Irrtum in der Beurteilung des Saargebietes“ und führt darin ebenso freimütig das folgende aus:

Im Dual d'Orjan sprach man vom Saargebiet nur im Klüßertone. Unsere Diplomaten wollten das Saargebiet und die Leute, die sich für seine Probleme interessierten, magne tisch einschläfern.

Eigentlich übertrieb ich. Es gehörte zum guten Ton, für das Saargebiet Interesse zu zeigen. Nach dem Versailler Vertrag bleibt nun das Saargebiet von Deutschland bis 1935 getrennt. Dann soll eine Volksabstimmung stattfinden, die über das spätere politische Schicksal des Landes entscheidet. Anschließend an Frankreich, Unabhängigkeit oder Rückkehr zum Reich. Beachtlich war ferner, daß uns die Saargruben als Kompensation für die Schäden gegeben wurden, die wir durch die Zerstörung unserer nordfranzösischen Bergwerke erlitten hatten. Das war die eine Seite der Betrachtung. Andererseits erinnerte man sich daran, daß Marshall Ney in dem von Bourbon bestifteten Saarlouis geboren war, und daß unsere Offiziere 1918 in Saarlouis usw. von französischen Familien festlich empfangen wurden.

Unser Außenminister hatte auf den freiwilligen Anschluß des Saargebietes an Frankreich spekuliert. Durch historische und sentimentale Glossen wurde er in seinem Glauben befestigt. Sonst wollte er nichts wissen und hören.

Wald sollte es jedoch nicht an offiziellen und sogar offiziellen Warnungen fehlen. Französische Reisende, die sich nach Waffensitzhalten in das Saargebiet begaben, konnten sich davon überzeugen, daß sie in einem deutschen Lande waren. Saarbrücken und die Industrieorte in seiner Umgebung sind in jeder Hinsicht rein deutsch. Aufmachung und Art sind dieselben wie im Ruhrgebiet, dessen Bevölkerung ähnlich zusammengesetzt ist. Infolge seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung nahm das Saargebiet einen Teil der Arbeiterbevölkerung auf, die in den armen

Gegenden des Reiches, in Pommern, Brandenburg, Polen usw. ein elendes Leben führt.

Diese neuen Bemerkungen des Saargebietes waren fast alle echte Preußen. Angesichts dieser klaren Sachlage unerwünschte Hoffnungen auf die Sympathien der paar französischen oder frankophilen Familien von Saarlouis zu setzen, war um so gewagter, als diese Familien selbst uns die Wahrheit nicht verhehlten. Doch muß man sich in den Geist der damaligen Zeit zurückversetzen. Auf Grund der Werke von Literaten und Historikern, die in ihren Eisenbüchern hermetisch abgeschlossen waren, gehörte es zum guten Ton, das allzu profanische neunzehnte Jahrhundert zu ignorieren. Die Deutschen hatten ja im Saargebiet nur Ingenieure, Bergleute und Fabrikarbeiter, wie dagegen hatten dort die großen Schatten des Jahrhunderts Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreichs. Wer mußte den Sieg davontreiben? Mit spekulativem Wissen vollaufgepropte Diplomaten konnten nur zu dem Schluß kommen, daß die Erinnerungen siegen würden, die ja auch unserer nationalen Eigenliebe schmeicheln. Die rauchenden Fabrikschloten, die Reg nicht gefannt hatte, mußten ihnen wie ein Verstoß Deutschlands gegen den guten Geschmack erscheinen. Derartige Träume mußten zu weiteren Irrtümern führen, z. B. im Rheinlande...

Da es nun einmal feststand, daß das Saargebiet 1935 ein französisches Département werden würde, (1) wurde nichts für es versäumt und es begann, wie wir jetzt zurückschauend sagen können, die Ära der Ungeschicklichkeiten. Wir hatten das volle und uneingeschränkte Eigentum der Saargruben erhalten. Für den Fall, daß die Volksabstimmung 1935 zugunsten des Reichs ausfallen sollte, kann jedoch Deutschland die Gruben zu einem von Sachverständigen festgestellten Preis zurückkaufen. Mit dieser Möglichkeit rechnete man gar nicht. Die Saargruben mußten daher wie französische Gruben, noch mehr, wie begünstigte französische Gruben behandelt werden. Ein Stab ausgewählter Techniker wurde ins Saargebiet geschickt, die mit Eisen an ihre Aufgabe gingen. Viele Punkte der deutschen Verwaltung waren distabul. Die Grubenarbeiter waren in schabhaftem, gefährlichem Zustand, das Material war nicht einheitlich, es waren besonders die ergebnislosen Stöße in Angriff genommen und die Verkaufsorganisation lag in Händen von Zwischenhändlern. Die französische Verwaltung schuf da gute Ordnung. Neue Stöße wurden erforcht und die alte Kohlenförderung besser organisiert. Die elektrische Kraft wurde in den Gruben besser verteilt und es wurden sogar neue elektrische Zentren geschaffen. Ferner wurden die Erbe und Wasservorrichtungen vervollkommen und wissenschaftliche Untersuchungen für eine bessere Verwendungsmöglichkeit der Kohlen, besonders für ihre Umwandlung in Hüttenkoks, vorgenommen. Diese direkt produktiven Maßnahmen genigten jedoch der französischen Verwaltung

nicht. Sie führte im Saargebiet Sicherheitsvorrichtungen für die Bergleute ein, wodurch die Zahl der Unfälle sehr vermindert wurde. Weiterhin erbaute sie neue Arbeiterhäuser und kaufte im Einvernehmen mit der Regierungskommission wichtige soziale Einrichtungen. Einige Punkte dieses imponenten Programmes bedeuteten natürlich eine schwere Belastung des französischen Budgets.

Gleichzeitig erging an die französischen Schwerindustriellen, besonders diejenigen, die Interessen in Lothringen hatten, die Aufforderung, sich an der Sämerindustrie des Saargebietes soweit zu beteiligen, daß sie die Kontrolle darüber hätten. Allen gelang dies, mit Ausnahme der Aciéries de Longwy gegenüber den Röhlingwerken in Wöllingen —, obwohl Herr Alexander Drexel ein persönlicher Freund von Hermann Röhling ist. So kamen die Werke von Dillingen, Brebach und Reunflöhen, die vorher von Thyssen, Mannesmann und

Stumm beherrscht wurden, unter den Einfluß von Schneider, de Wendel und großer Gesellschaften wie die Aciéries de la Marine et d'Homécourt und die Hauts-Fourneaux de Pont-à-Mousson.

Indessen erfolgten immer zahlreichere Warnungen, die der übliche Wortschwall unseiner politischen Sphären nicht mehr erschrecken konnte. Ich selbst habe wegen der Haltung der Familie Röhling gewarnt. Einige Monate später sprach die Erzgebirgsleute lauter als alle Worte. Hermann Röhling führte in Paris eine Saarbelegung, die das Ende des preussischen Saarregimes und die Rückgabe des Landes an Deutschland verlangte. Dann kamen die charakteristischen Wahlen und schließlich die rheinische Jahrestaufendfeier, die eine unzweideutige Kundgebung war. Die Tore des Eisensturmes waren eingeschloßen und man erkannte die Notwendigkeit der Zurückführung der französischen Besatzungsarmee nicht anerkennend, sondern weil in der breiten Masse des französischen Volkes sich erst die Erkenntnis durchsetzen muß, daß eine französische Armee am Rhein nicht so sehr eine Friedenssicherung als vielmehr eine Kriegsgemarung bedeutet.

Die Rheinlandfrage in den Genfer Regelungen.

Die ersten Mitteilungen über die Vereinbarungen von Genf liegen nicht klar erkennen, in welchen Umfange die rheinischen Fragen in den Verhandlungen, in welcher Weise sie in den zustandegelassenen Regelungen eine Rolle gespielt haben. Vor allem bestand Unklarheit darüber, ob die „elements stables“, wie sie in dem Genfer Investigationsprotokoll vorgesehen waren, nur unter bestimmten Voraussetzungen fallen gelassen werden sind und ferner, ob das wiederholt in der Öffentlichkeit erörterte und auch von Briand stark unterstützte Kontrollsystem für das Rheinland zeitig begrenzt oder dauernd gedacht ist. Nachdem die deutsche Delegation auf Genf nach Berlin zurückgekehrt ist und hier dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett Bericht erstattet hat, scheint auch hierüber volle Klarheit zu bestehen.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Frage der „elements stables“, wie überhaupt die Frage irgendeiner künftigen Kontrolle nach den Genfer Vereinbarungen ein zentraler Punkt aus der politischen Diskussion ausgegliedert ist.

Wenn am 31. Januar die Internationalisierte Militärkommission Deutschland verlassen wird, wird Deutschland ein für allemal von der entwürdigenden Überwachung internationaler Kontrollorgane befreit sein. Von einer Übertragung dieser bisher von dieser Kommission ausgeübten künftigen Kontrolle in Deutschland an irgendeine andere Kommission oder an irgendein verschleiertes Kontrollsystem ist keine Rede. Das gilt für das unbestimmte wie für das jetzt noch besetzte Gebiet. Wenn Briand in seiner bekannten Rede an die Presse vom 9. Dezember die Aufzählung vertrat, daß man in Zukunft den Ausdruck „elements stables“ in allen Erörterungen vermeiden sollte, so entspricht das dem Geist der Vereinbarungen über die Auslegung des Investigationsprotokolls, die einen Unterschied zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet nicht kennen.

In den ersten Veröffentlichungen über die Genfer Verhandlungen ist wesentlichlich in der deutschen Presse betont worden, daß es bezeichnend empfunden werden müßte, daß man in Genf über die Frage der Rheinandräumung so auf wie gar nicht gesprochen habe. Die Feststellung, daß man in Genf die Rheinandräumung nur nebensächlich behandelt habe, trifft nur bedingt zu. Wichtig ist, daß von deutscher Seite diese Frage nicht in den Vordergrund gestellt wurde, richtig ist aber ebenso, daß man über die Rheinandräumung erst reden kann, wenn die Zurückführung der internationalisierten Militärkontrolle durchgeführt ist. Diese Frage hängt bekanntlich damit zusammen, ob die deutschen Vertragsgegner die Entwaffnungsverpflichtungen Deutschlands für erfüllt erklären oder nicht. Solange diese Erklärung nicht vorliegt, ist es vertragsrechtlich ausgeschlossen, die Frage der Rheinandräumung in den Vordergrund zu stellen.

Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß, während Deutschland sich in den Genfer Verhandlungen in der Frage der Rheinandräumung Zurückhaltung anwandte, die andere Seite immer wieder auf diese Frage zurückgriff. Vielleicht kann man aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß man auf der anderen Seite selbst die Notwendigkeit erkennt, die Frage der Rheinandräumung so bald wie möglich zu lösen. Wenn man die Presseäußerungen in England und Belgien über diese Frage genau

verfolgt, so möchte man zu dem Schluß kommen, daß man dort die völlige Räumung der Rheinlande für eine ebenso logische wie notwendige Folge der politischen Entwicklung in Europa hält. Wenn sich in Frankreich eine ähnliche Auffassung noch nicht in so zwingender Maße hervorwagt, dann sicherlich nicht deshalb, weil man die Notwendigkeit der Zurückführung der französischen Besatzungsarmee nicht anerkennt, sondern weil in der breiten Masse des französischen Volkes sich erst die Erkenntnis durchsetzen muß, daß eine französische Armee am Rhein nicht so sehr eine Friedenssicherung als vielmehr eine Kriegsgemarung bedeutet.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet erkennt man in den Genfer Verhandlungen und Vereinbarungen immer deutlicher den sich langsam aber sicher durchziehenden Geist von Locarno. Wenn die Internationalisierte Militärkommission aus Deutschland zurückgezogen und die beiden Kernpunkte in der Frage der deutschen Entwaffnung bereinigt sein werden, dann muß die Rheinlandfrage, in erster Linie die Frage der Räumung des Rheinlandes, ganz automatisch selbst in den Vordergrund der internationalen Verhandlungen, der europäischen Verständigungsarbeiten treten. Wie in Genf vor der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund der militärische Sachverständigenausschuß die Entwaffnungserfüllung Deutschlands im Sinne des Völkerbundsstatuts festgestellt hat, so wird nach der Bereinigung der erwähnten zwei Fragen der Völkerbundsrat nicht umhin können, die Entwaffnungsbefreiung Deutschlands auch im Sinne des Versailleser Vertrages festzustellen. Es bliebe dann keine Verpflichtung Deutschlands mehr übrig, für die eine Besatzung am Rhein das Sicherheitsopfer darzustellen hätte. Sie müßte somit vertragsrechtlich ohne weiteres zurückgezogen werden, müßte es aber auch im Sinne des Locarnopaktes. Dieser stellt in keinem Kern nichts anderes dar, als die Verpflichtung aller an diesem Pakt beteiligten Mächte, die Grenzziehung im Westen Deutschlands nach den Bestimmungen des Versailleser Vertrages anzuerkennen und gegenseitig darauf zu achten, daß nichts geschieht, was auf eine gewaltsame Verletzung dieser Grenze hindeutet. Die Aufrechterhaltung einer Besatzung am Rhein nach voller Vertragserfüllung Deutschlands müßte aber nach den Locarno-Bestimmungen eine Verletzung der Grenze und eine Beinträchtigung der deutschen Souveränität bedeuten. Die Rheinandräumung muß somit nach diesem Zeitpunkt ausfallen.

Während der Genfer Verhandlungen ist auf Seiten der deutschen Verhandlungspartner der Gedanke aufgefaßt, ob es nicht im Sinne des Locarnopaktes liegen würde, wenn ein partiell aus den Mächten des Locarnopaktes zusammengesetzter Ausschuss die Durchführung und Beachtung der Locarnoabmachungen überwachte. Diese Überwachung sollte sich nicht einsichtig gegen Deutschland, sondern auch gegen die übrigen Paktstaaten richten, die für eine Nichtbeachtung der Grenzgarantie von Locarno in Frage kommen könnten. Ob es überhaupt zu Verhandlungen über einen solchen Ausschuss, ob es zu einer solchen Überwachungskommission kommen wird, steht noch dahin. Deutschland ist keinerlei Verpflichtungen in dieser Frage eingegangen. Die Initiative hierzu liegt ganz auf der anderen Seite und nur wenn entsprechende Anregungen den deutschen

Interessen dienlich sein können, wird man sich darüber unterhalten. Die ganze Frage hat natürlich auch für das Saargebiet als für das Saargebiet Interesse, da mit der Klärung des Rheinlandes auch die Regelung der Saarfrage erfolgen müßte. Die Einrichtung eines Kontrollausschusses würde in diesem Falle auch Bedeutung für das Saargebiet haben, das zu jenen Zonen gehören würde, auf die sich die Befugnisse dieses Ausschusses erstrecken würden.

Deutschlands internationale Stellung in der Rheinlandsfrage ist unbestritten durch die Genfer Verhandlungen und Bereinigungen geklärt worden. Wenn es der deutschen Delegation in Genf möglich war, mit voller Ruhe die Anregungen an sich her-

anzutragen zu lassen, dann ist ihre Stellung hierbei durch das Verhalten der Rheinlande selbst wesentlich erleichtert und geklärt worden. Mehr als einmal hat die rheinische Bevölkerung durch ihre politischen Vertreter und durch ihre Presse erklären lassen, daß Deutschland sich unter keinen Umständen dazu bereitklären dürfte, im Interesse einer frühzeitigen Klärung der Rheinlande neue dauernde Kassen oder Bindungen aufzunehmen. Im Rheinland hat man sich auf den beiden richtigen Standpunkt gestellt, daß die Rechtslage ebenso für Deutschland arbeite, wie die immer mehr in der Welt zunehmende Erkenntnis, daß jener Geist des Verfallens Vertrags nicht aufrechterhalten werden kann, der Deutschland dauernd ein Sklavensjoch aufbürden wollte.

Tagung der Saarwirtschaftsverbände.

Die Saarwirtschaftsverbände (Berein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet, der Arbeitgeberverband des Saargebietes und der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebsfrankentassen im Saargebiet) hielten am 7. Dezember in Saarbrücken ihre gemeinsame Hauptversammlung ab. In einer begrüßenden Ansprache ging der Vorsitzende Dr. Max von Popellus auf die außenpolitische Lage ein, wie sie durch die Thoiry-Vollstreckung gekennzeichnet worden ist. Er stellte fest, daß der Geist von Thoiry anscheinend nicht mehr lebt und das auf die Aufforderung von Berlin: „Lebt hat Frankreich das Wort“, noch keine Antwort erteilt worden ist. Wenn aber auch die verantwortlichen Staatsmänner glaubten, an ihren Bestimmungen festhalten zu sollen, so arbeite die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaft Europas konsequent wieder an Europa und versucht und erreicht in den großen Fragen die Gemeinschaftsarbeit. Er berührte in diesem Zusammenhang den sogenannten Eisenpaß, dessen wertvolle Wirkung heute schon zu erkennen sei. Er sah dann fort.

Wenn man rückwärtig die Dinge betrachtet, so muß man sagen, daß selten ein Gebiet so zum Opfer politischer Maßnahmen geworden ist, wie unser Saargebiet. Seit bald zehn Jahren keine Möglichkeit ruhiger Entwicklung, ein festes Auf und Ab, ein Balancieren auf dem schwankenden Seil der Wahrung, ein Umstellen von einem Markt zum anderen, ein Fallen aus einer Krise in die andere, von der Markinfektion zur Frankentinfektion und aus dieser in die Deflationstrips, in der wir uns heute befinden. Daneben Maßnahmen auf dem Rohstoffmarkt, zumal dem Kohlenmarkt, die jedem volkswirtschaftlich Beschäftigten als Lohn auf eine natürliche Entwicklung der Dinge erscheinen müssen.

In seinen weiteren Ausführungen erkannte der Redner an, daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiterfrage ebenso leide, wie die Gesamtwirtschaft. Er wandte sich jedoch gegen den leider von hohen deutschen Regierungsstellen unterstützten Wunsch der Arbeiterschaft, aus den gestrichenen Zollbindungen rückwirkend eine Entschädigung zu verlangen. Dr. von Popellus erklärte, daß von diesen Zollbindungen in der gesamten Saarwirtschaft überhaupt kein Pienzig mehr vorhanden sei und doch ohne diese Stundung die ganze Industrie an der Saar längst bankrott wäre.

Hierauf gab Minister Lüttke einen ausführlichen Bericht über die Lage des Saargebietes, wobei er zunächst die Zoll- und Währungsfrage behandelte. Er betonte, daß der größte Teil der saarländischen Industrie für seinen Abfall nach dem deutschen Zollstand die Zollfreiheit zugesichert und erhalten habe und gleichzeitig von dem Druck der bisherigen Zollbindungen befreit worden sei. Die Erleichterungen für die saarländische weiterverarbeitende Industrie, vor allem für die Elektrotechnik, seien nicht ausreißend, wie für einen nicht unerheblichen Teil der saarländischen Industrie eine Regelung überhaupt nicht erfolgt sei. Die bisherige grundsätzliche Regelung lasse aber erhoffen, daß alles, was jetzt bei dem Abkommen ausgefallen ist, bei der demnächstigen Weiterverhandlung, die erforderliche Regelung findet und daß dann jede saarländische Industrie, die Berechtigte Ansprüche, auf zollfreie Einfuhr nach dem Reich hat, die Erfüllung dieser Ansprüche erreicht. Die in den beiden Protokollen für die Einfuhr aus dem deutschen Zollland in das Saargebiet gegebenen Zollserleichterungen geben dem Saargebiet ebenfalls noch lange nicht das, was es braucht. Für ein neues Abkommen erwarten Industrie und Handel wesentliche Verbesserungen der gesamten Einfuhrbestimmungen. Nicht unerwähnt dürfen weiter bleiben die Bestimmungen des deutsch-französischen Pro-

visoriums, denn die für den allgemeinen Verkehr über die deutsch-französische Zollgrenze gegebenen Erleichterungen treten naturgemäß zusätzlich zu den besonderen Bestimmungen für das Saargebiet. Die Saarwirtschaft erhofft viel von der Gestaltung des endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages, dessen Umfang weit über die jetzige Regelung in dem deutsch-französischen Protokoll hinausgehen wird.

Den Eisenpaß bezeichnete er als den wichtigsten Teil der Lösung der Saarfrage. Mit ihm sei ein Zustand geschaffen, den man dahin kennzeichnen könne, daß für die einflussreiche Industrie die Zollgrenze wieder im Westen des Saargebietes ist, unter Zuhilfenahme eines zollfreien Kontingents der saarländischen Schwerindustrie für ihren Abfall nach Frankreich. Nehme man die Regelung für Eisen mit der Regelung der übrigen Industrie zusammen, soweit sie schon erfolgt und zu erhoffen ist, dann werde für den ganzen Abfall des Saargebietes nach Deutschland ein ähnlicher Zustand hergestellt. Natürlich bleibt die bestehende Zollgrenze des Saargebietes im Osten nach wie vor fast sichtbar, weil nach wie vor die Belieferung des Saargebietes mit deutscher Ware durchgängig einer wenn auch etwas gemilderten Zollbelastung unterliegt, und weil auf alle Fälle beim Versand sowohl wie beim Empfang die Formalitäten der Zollgrenze, die ja in ihrer verkehrshemmenden Wirkung nicht zu unterschätzen sind, bestehen bleiben. Das Wichtigste ist aber, daß heute schon, bestätigt durch deutsch-französischen Verträge, die wirtschaftliche Stellung des Saargebietes als Teil des deutschen Wirtschaftsgebietes unumstößlich ist.

Die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland wird nach Minister Lüttke nur technische Schwierigkeiten verursachen. Von französischer Seite werden zweifellos besondere Wünsche für den Fall der Rückgliederung laut werden, indem Frankreich bestrebt sein wird, die Abfallmöglichkeiten im Saargebiet nicht zellos und nicht sofort zu verlieren. — In diesem Zusammenhang muß einer Legende entgegengetreten werden, die heute alle französischen Zeitungen mit dem officiellen Betreiben, den Verkaufspreis für das Saargebiet möglichst in die Höhe zu treiben, durchführt. Von französischer Seite wird behauptet, Frankreich habe ein ganz besonders hohes Interesse an dem Abfall nach dem Saargebiet, und man verweist darauf, die Einfuhr in das Saargebiet habe in der letzten Zeit einen Umfang erreicht, der jährlich mit einer Milliarde Franken zu schätzen wäre. In bezug auf die Richtung lauten Kundgebungen der uns benachbarten französischen Handelskammern Wies, Straßburg, Kolmar, Nancy u. a. m. Mangel an einer Statistik für den saarländisch-französischen Verkehr ist die Zahl gar nicht nachzuprüfen. Aber selbst wenn man die Zahl für die letzte Vergangenheit als richtig annehmen wollte, so muß doch betont werden, daß man in der letzten Zeit einen ganz außerordentlichen Zustand hatte. Jedenfalls ist es durchaus nicht angängig, aus Zahlen der letzten Vergangenheit irgendwelche Schlüsse in der Richtung zu ziehen, daß die Belieferung des Saargebietes mit französischen Waren in entsprechendem Umfange sichergestellt werden müßte.

Minister Lüttke wandte sich dann dem Währungsplan zu. Er hob hervor, daß dem Saargebiet von allen gegebenen Möglichkeiten in Verbindung mit der Frankentriebe die Stabilität unter allen Umständen bevorzugen. Die damit wahrscheinlich verbundene Deflationstriebe im Saargebiet unter-

scheidet sich wesentlich von der in Frankreich. Das Saargebiet verkauft in einem viel höheren Maße die Frankreich wertschöpfend, wodurch im Saargebiet ganz anders wie in Frankreich die Franzosenbesitzer ein Mehrfachrisiko zwischen dem Verkaufserlös und den Herstellungskosten aufweisen. Die durch die Kursbesserung bedingte Teuerung ist im Saargebiet auch viel größer als in Frankreich, weil vor der Franzosenbesitzer der Franzosen im Saargebiet eine viel geringere Kaufkraft als drüben hatte. Wie sich die augenblickliche Lage im Saargebiet auswirkt, dafür gab der Redner einige Zahlen: 1924 gab es im Saargebiet 18 erprobte Konturze, 1925 35, in den ersten elf Monaten 1926 sind es bereits 42. Die eingetretene Steigerung entspricht aber nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es kann festgestellt werden, daß es in sehr vielen Fällen überhaupt nicht zum Konkursantrag, geschweige denn zur Eröffnung kommt, weil nun vornherein klar ist, daß eine Masse nicht vorhanden ist und kein Gläubiger die bei Stellung des Antrages erforderliche Kaution von 2000 Franken hinterlegen will. Ein weiterer Gradmesser für die augenblickliche wirtschaftliche Lage im Saargebiet ergibt die Umsätze für die Statistik der Ausverkäufe. Diese seien, von Ausnahmen abgesehen, frühzeitig vorgenommene Liquidationen eines Unternehmens. In der Stadt Saarbrücken waren Anfang dieses Jahres 3 Ausverkäufe, die Zahl hält sich dann bis August zwischen 5 bis 7 monatlichen Ausverkäufen, während sie im September und Oktober je 11 erreicht und im November die Zahl 16. Vom 1. bis 5. Dezember sind bereits weitere 10 Ausverkäufe angemeldet. Diese Zahlen betreffen nur die Stadt Saarbrücken. In den übrigen Orten des Saargebietes sieht es ganz entsprechend aus.

Die Angaben lassen deutlich erkennen, wie sich beim Handel die Auswirkung der Devaluationskrise zeigt. Man darf dabei aber nicht annehmen, das es der Industrie besser gehe. Bei ihr handelt es sich nur darum, daß die Auswirkung nach außen hin erst später zutage tritt. Der Umstand, daß augenblicklich infolge des englischen Bezugsarbeiterstreiks der Beschäftigungsgrad durchaus nicht ungünstig ist, darf nicht über die ernste Gefahr, die augenblicklich besteht, hinwegtäuschen. Zwar werden die Möglichkeiten, die gerade in dieser Beziehung vorliegen, durchaus willkommen geheißen; die Lage bleibt trotzdem bedenklich genug.

Die weitere Entwicklung der Lage beurteilt der Redner nicht ungünstig, falls die Frankennährung stabil bleibt. Der Anschluß Deutschlands an das deutsche Wirtschaftsgebiet, die Möglichkeit seines Abzuges nach dem übrigen Festland gibt die Hoffnung, daß das Saargebiet an der aufsteigenden Kurve der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands teilnehmen kann und das es von der in Frankreich unheimlich eintretenden Stabilisierungskrise in einem gewissen Umfange verschont bleibt. Dieser günstige Ausblick gibt jedoch nicht für den Augenblick, sondern für die weitere Zukunft. Der Redner hat das Vertrauen zu der Reichsbank, daß sie in der Lage und gewillt sein werde, dem Saargebiet aus finanziell zu helfen, und das die Gewährung des deutschen Kreditwesens auch der Saarwirtschaft zugute kommt.

Der Redner behandelte dann das Problem der Rationalisierung, mit der das Saargebiet gegenüber dem übrigen Deutschland im Hinblick geblieben ist. Dieses Problem werde erst in seinem vollen Umfange zu erkennen sein, wenn der Scheitern der Inflation gestillt ist. Weiter behandelte er das Standortproblem der saarländischen Wirtschaft, wie es sich aus der wirtschaftsgeographischen Lage des Saargebietes ergibt. Diese hat sich gegenüber der Kriegszeit grundlegend verändert. Diese Veränderungen beziehen sich vor allem auf die Abzugsmöglichkeiten der Saarwirtschaft auf ihrem bisherigen natürlichen Abgabebereich, Süddeutschland. Die Veränderungen, die die Abzugsmöglichkeiten des Saargebietes nach Süddeutschland erfahren haben, sind künftlicher Natur und dadurch einfließen, daß andere Konkurrenz-Wirtschaftsgebiete, vor allem das wichtige, das Ruhrgebiet, Verbilligungen ihres Frachtweges in dieses Abgabebereich erfahren haben, während für das Saargebiet eine Verschlechterung der Frachtlage eingetreten ist. Diese künftlichen Maßnahmen sind die gegen früher veränderte Tarifpolitik der Reichsbahnen und der Umstand, daß dem Hauptkonkurrenzgebiet, der Ruhr, gegen früher in verstärktem Umfange der Wasserweg zur Verfügung steht, ein Umstand, der in naher Zukunft durch den Ausbau des süddeutschen Wasserstraßennetzes noch verstärkt wird. Die ungünstigere Stellung, die das Saargebiet nach Süddeutschland hat, ist durch die Kurzentwicklung der letzten Zeit der Saarwirtschaft schon deutlich sichtbar geworden.

Dazu tritt der Qualitätsunterschied zwischen Saartohle und Ruhrkohle. Für die Erzeugnisse der Eisenindustrie des Saargebietes liegen die Verhältnisse ähnlich. Ganz besonders macht sich der Unterschied gegenüber früher bei der Schmelzindustrie in den großen Erzeugnissen bemerkbar. Daß diese ungünstige Frachtlage in der abgelaufenen Zeit noch keine Bedeutung für den Absatz des Saargebietes erlangt und keine Beschränkung desselben herbeiführt hat, liegt lediglich an der Inflation.

Was die Frage des Abzuges nach Frankreich und dem übrigen Ausland betrifft, so ist daran zu erinnern, daß Frankreich — während es noch heute von dem Kohlenabzug des Saargebietes rund 55 Prozent aufnimmt — 33 Prozent steuern im Saargebiet, der Rest geht in das Ausland, nach dem deutschen Zollinland geht heute so gut wie gar nichts, — vor dem Krieg einschließlich Eisab-Vorbringens 18,8 Prozent der saarländischen Erzeugung aufgenommen hat. Rund 10 Prozent gingen auch damals in das übrige Ausland, während das jetzige Zollinland 33 Prozent aufnahm. Der Redner glaubt nicht, daß Frankreich für die Dauer sehr viel mehr als die früheren rund 19 Prozent abnehmen wird. Dabei ist zu beachten, daß die Kohlerzeugung Frankreichs einschließlich Eisab-Vorbringens 6 bis 7 Millionen Tonnen größer ist als vor dem Krieg. (Die erdölen 19 Prozent Saargebietserzeugung machen 2,3 Millionen aus.) Ferner trifft die Saarkohle in Voithingen immer auf die Konkurrenz der Ruhrkohle. Diejenigen Abgabebereiche in Frankreich aber, in die man, beginnend durch die Valata, kommt hinsichtlich des Kohlenpreises als hinsichtlich der Frucht, die Saarkohle als Konkurrenz der englischen Kohle hineinbringen konnte, werden bei einer Stabilisierung niemals zu halten sein, ganz abgesehen davon, daß bei der Stabilisierung und Rückgliederung kein Anlaß wie heute besteht, zum Schutz der französischen Valata die englische Kohle zugunsten der Saarkohle künstlich zu verdrängen. Für die Kohlen wird auf die Dauer ein erweitertes Abgabebereich nach Frankreich über den Vorkriegsbestand hinaus in seinem nennenswerten Umfang zu erwarten sein. Für die Industrie des Saargebietes ist durchgängig die Lage nach Westen noch ungünstiger. Die Saarindustrie liegt für den Absatz nach Frankreich so peripher wie möglich. Besonders gilt das für die größte Industrie, die Eisenindustrie, die auf dem Weg zu dem Absatz in Frankreich ein anderes Erzeugnisgebiet, Voithingen, vorgelagert ist. Dieses Gebiet liegt auf dem Erz und auf der Kohle, während man im Saargebiet erst das Erz hinführen muß, um nachher das Eisen an den dortigen Erzeugungsorten vorbei in die französischen Abgabebereiche zu leiten. Nach Westen besteht also im Gegensatz zum Osten für das Saargebiet kein natürliches Abgabebereich. Es ergibt sich also zusammenfassend, daß lediglich die Wiedergewinnung des natürlichen Abgabebereiches im Osten durch Ausgleich der künftlichen Veränderungen möglich erscheint, wenn anders man nicht die ganze Wirtschaft des Saargebietes zugrunde gehen lassen will. Damit kam der Redner zu der Forderung einer Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmöglichkeiten des Saargebietes mit seinem süddeutschen Abgabebereich durch Erstellung eines Saar-Falz-Kanals, der Forderung, die in der denkwürdigen Sitzung vom 8. Oktober 1926 unter Zustimmung sämtlicher Bevölkerung des Saargebietes erhoben worden ist.

Hilfsor Teckmar behandelte dann in seinem Thema die Fragen, die sich bei der Rückgliederung für die Saarwirtschaft vom Gesichtspunkt des Arbeitgebersverbandes aus ergeben. So schwerwiegende Fragen sind daraus ergeben mögen, so sind sie nach seiner Auffassung dennoch lösbar, wenn die gesamte Wirtschaft des Saargebietes, also auch die Angehörigen und Arbeiter, mit diesen Weinen auf dem Boden der harten Tatsachen leben bleiben. Deshalb würden alle diese Sorgen von der einen großen Frage überlagert: Wie kommt der Unternehmer, wie kommt besonders der Arbeitgeber im Saargebiet zu einem besseren Verhältnis zu seinem Arbeitnehmer. Der Redner glaubt trotz aller gegenteiligen Einzelerscheinungen eine gewisse Besserung dieses Verhältnisses feststellen zu können. Der Verbilligungspolitik treiben wollen, möge die Voraussetzungen der Selbständigkeit erkennen, möge real zu denken vermögen, möge verstehen, daß in den Gebirgen, Öden- und Buschländern des Partners zu verstehen. Es sei notwendig, daß durch Wiedergewinnung des gegenteiligen Vertragens die Luft gereinigt wird. Hierzu sei Voraussetzung, daß man sich gegenseitig Achtung zollt. Solange aber auf Arbeitgeberseite

nach Auffassungen existieren, als ob der Arbeiter nur derjenige sei, der einzig und allein danach strebe und trachte, möglichst wenig zu arbeiten und möglichst viel zu verdienen, solange es Arbeitgeber gebe, die Herrrentum und Führertum für identische Begriffe halten und demgemäß die Arbeitnehmer als Menschen zweiter Klasse betrachten, solange könne man von den Arbeitern keine freundlichen Gefühle, kein Vertrauen erwarten. Einzelersparnisse auf Arbeitgeber wie auf Arbeitnehmerseite sollten aber nicht verfallgemeinert werden, weil das dazu führen müßte, den Respekt von Achtung und Vertrauen zu zerstören. Es verlangte deshalb Befestigung des Giffes der Herabsetzung in Wort und Schrift. Der Unternehmer achte in seinem Angestellten und Arbeiter den selbstverantwortlichen Menschen, den mitverantwortlichen Bürger des Staates und den mitinteressierten Mitarbeiter; der Angestellte und

Arbeiter aber achte in dem Unternehmer den kraft seiner Vorbildung, seines Wissens und seiner Erfahrung berufenen und demütigsten wie die Förderung der Wirtschaft, als den gemeinsamen Interessen besorgten Führer und Berater. Folgerichtig achte der Unternehmer auch das Recht seiner Arbeitnehmer, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen und anerkennen die Gewerkschaften als die Vertreter derjenigen, die von diesem Recht Gebrauch gemacht haben. Nachdem Professor Lehmann noch den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, der Wertsgemeinschaftsarbeit berührt hatte, bekannte er sich zu dem Vertrauen, daß das große Ziel der Verhängung der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern erreichbar sei, wenn es auch ein langer Weg sei. Wenn er begangen würde, so geschähe es schließlich nicht nur zum Wohle der Wirtschaft, sondern zum Wohle des gesamten deutschen Volkes und damit der Menschheit.

Die wirtschaftliche Zukunft der Saargruben.

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die „Saarbrücker Zeitung“ in Verbindung mit dem in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel erörterten Rückkauf der Saargruben mit der Frage, wie sich wirtschaftlich die Zukunft für die Saargruben gestalten würde. Der Verfasser des Artikels glaubt, daß über kurz oder lang im Saarbergbau eine schwere Krise zum Ausbruch kommen muß, da das Absatzproblem der Saargruben noch keineswegs gelöst ist. Es wird befürchtet, daß diese Absatzkrise noch vor der Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland zum Ausbruch kommen müßte angesichts der saarländischen Kohlenpreisenwindung. Dieser Zeitpunkt werde erreicht, wenn die englische Kohle nach dem hohen bestehenden Bergarbeiterstreik in England wieder in größerem Umfange aus dem französischen Markt erscheint und die Saar Kohle stark zurückdrängt. Die französische Bergverwaltung werde sich, falls nicht schon vorher die bessere Einsicht siegen sollte, zweifellos zu Preisnachlässen genötigt sehen.

Damit wird die Rentabilitätsfrage angeschnitten, wozu der Verfasser unter anderem folgendes ausführt:

In gegenwärtigen Augenblick, wo für Saarkohle etwa 35 % mehr aufgewandt werden müssen als für Ruhrkohle, ist diese Frage ganz besonders aktuell. Mein gefühlsmäßig wird man sagen können, daß bei dem jetzigen Stande der Kohlenpreise und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die ganze saarländische Kohlenförderung ohne große Schwierigkeiten untergebracht werden kann, die Saargruben noch jetzt gut rentieren. Man wird sogar sagen können, daß die Bergverwaltung durchaus in der Lage wäre, in Anbetracht der die Währungsfrage auch eine beträchtliche Rentabilität ihrer Preise vorzunehmen, ohne daß dadurch die Rentabilität verkorenge.

Die zum wesentlichen Teile aus dem Absatz nach Deutschland eingestellte Saarinindustrie ist ihrerseits auf die Dauer nicht in der Lage, erheblich höhere Kohlenpreise zu zahlen als ihre deutsche Konkurrenz. Es müßte daher schon eine Kohlenpreiserhöhung um mindestens 30 % erfolgen, wenn die Konkurrenzfähigkeit der Saarinindustrie erhalten bleiben soll. Wenn man die Dinge objektiv betrachtet, wird man mangelnd diesbezüglicher Unterlagen wiederum gefühlsmäßig sagen können, daß bei einer derartigen Preiserhöhung die Saargruben nicht nur unrentabel werden, sondern sogar nicht unerhebliche Zuschüsse erfordern würden. Die saarländische Bergbaupolitik hat also das Ergebnis gezeitigt, daß die Verwaltung mit Weltmarktpreisen — auf die sie schließlich ihre Preise wird abstimmen müssen, wenn auf die Weltmarkt wieder eine normale Lage eingetreten ist — finanziell nicht mehr auskommen kann!

Man fragt sich, wie sich eine derartige eigenartige Lage ergeben könnte. Die Weltkohlenkrise, die besonders seit Ende 1924 verstärkt in die Erscheinung getreten ist, ist bisher an dem Saargebiet dank der Frankensteinaktion passus vorübergegangen. In Deutschland hat man sich durch scharfe Rationalisierungsmaßnahmen weitgehend gegen die Auswirkungen dieser Krise gehütet. In England beschränkt man zunächst den Weg der Staatsubventionen, bis dann in diesem Frühjahr die Krise in dem Augenblick akute Formen annahm, als der Staat die Subventionsmaßnahmen einstellte. Dem Zwange der Verhältnisse Rechnung tragend hat man sich jetzt, wenn auch rechtlich spät, auch in England zu umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen entschlossen.

Und im Saargebiet? Die Periode der Frankensteinaktion gehört der Geschichte an; an Rationalisierung aber hat man bisher im Bergbau noch nicht gedacht. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn jetzt die Saargruben gegenüber ihrer Konkurrenz stark ins Hintertreffen geraten. Wie fast dies schon jetzt in die Erscheinung tritt, zeigt folgende Gegenüberstellung der Förderleistung je Kopf und Schritt an Ruhr und Saar:

	Ruhrgebiet	Saargebiet	weniger an der Saar
1913	943 Kg.	803 Kg.	140 Kg. 15,0 %
1924	858 Kg.	708 Kg.	150 Kg. 17,5 %
1925	946 Kg.	675 Kg.	271 Kg. 29,0 %
Okt. 1926	1106 Kg.	683 Kg.	423 Kg. 41,5 %

Während an die Ruhr besonders seit Beginn der Rationalisierung im Jahre 1924 die Förderleistung gegenüber 1913 um 24 % gestiegen ist, stagniert die Leistung an der Saar seit 1924 um etwa 15 % unter Friedensstand. Was diese Zahlen unter allen Umständen beweisen ist die Tatsache, daß sich die Lage des Saarbergbaus gegenüber dem Ruhrbergbau ganz erheblich verschlechtert hat, auch wenn jetzt nach Beendigung des englischen Streiks an der Ruhr wieder in gewissem Umfang ein Abwärtens der Förderleistung eintreten sollte. Das starke Zurückbleiben der saarländischen Leistungsziffern dürfte in der Hauptsache auf die Desorganisation der Verwaltung und die Folgen der Raubbauwirtschaft zurückzuführen sein.

Es bedarf keiner Frage, daß diese Verschlechterung der Lage für den Saarbergbau eine ernsthafte Gefahr bedeutet. Es muß daher alles abgesehen werden, um dieser Gefahr rechtzeitig zu begegnen. Selbstverständlich liegen die Verhältnisse im Saarbergbau so durchaus anders, daß man kaum nach den gleichen Grundsätzen wie an der Ruhr rationalisieren könnte. Es muß gegeben werden, daß die Saargruben ein viel undankbares Feld für die Rationalisierung sind als die Ruhrgruben. Trotzdem aber wird man auch im Saargebiet an der Rationalisierung nicht vorbeikommen; denn die Verhältnisse zwingen dazu. Je eher dieser unermüdliche Eingriff erfolgt, desto geringer werden die sich daraus ergebenden Ersparnisse sein. Selbstverständlich darf man dabei auch vor einer Rationalisierung der Verwaltung nicht zurückerschrecken.

Man wird allerdings bezweifeln müssen, ob die Bergverwaltung zu solchen Maßnahmen die Initiative ergreifen wird. Man wird vielmehr erst einmal abwarten, bis die Krise tatsächlich da ist. Das wird dann bedeuten, daß sich die Lage so entwickelt, wie oben bereits angedeutet, daß der französische Staat laufend große Zuschüsse zu den Saargruben wird leisten müssen, wenn er die Saarkohlenförderung noch absetzen will, oder aber daß man die Förderung stark beschränkt wird. Die Folgen würden dann für die Saarinindustrie verheerend sein. Willkürlich aber wird sich dann der französische Staat mehr als jetzt geneigt zeigen, die Saargruben wieder an Deutschland zu verkaufen.

Daß sich das französische Privatkapital in der Saarinindustrie auf eventuelle politische Neugestaltungen an der Saar langsam einrichtet, ergibt sich aus der folgenden Mitteilung:

Die an eine französische Privatgesellschaft verpachtete Saargrube Frankenthal schloß nach der Jocher durch die Generalversammlung genehmigte Bilanz ihr Geschäftsjahr 1925 mit einem Reingewinn von 688 967 Franken ab. Es kommt daraus eine Dividende von 12 % zur Verteilung, während die beiden Vorjahre dividendenlos blieben, während die beiden ersten Betriebsjahre die Ausschüttung einer Dividende von 20 % ermöglichten. Laut Verwaltungsbericht wurde ein neues Stück mit einer Gesamthöhe von 3,40 Meter Kohle in mehreren Bänken entbedt, das im Laufe des Jahres 1927 ausgeteilt werden soll. Laut weiterer Mitteilungen des Verwaltungsberichts hat der französische Staat, durch einen Zusatz zum ursprünglichen Vertrage zwischen der A.G. und dem französischen Staat, unterm Datum des 29. Dezember 1925 und mit Rückwirkung vom 1. Januar 1925, es für billig erachtet, der Verbesserung der Lage der Kohlenindustrie im Saargebiet Rechnung zu tragen und gewisse Verbesserungen der Ertragsmöglichkeit der neuerdings investierten Kapitalien zu gewähren, sowie die Rückzahlung des Einrichtungskapitals zu garantieren, falls, sei es infolge Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sei es infolge Wechsels der politischen Regimes im Saargebiet der Pachtvertrag von der einen oder anderen Seite vorzeitig aufgekündigt würde. Als Gegenleistung für diese Vergünstigung entrichtet die A.G. für die Jahre, wo der Betrieb Überflüsse bringt, 60 % des Reingewinns. Schließlich wird mitgeteilt, daß die Verwaltung für den Fall, daß die von ihr im Saargebiet eingeleiteten Verhandlungen das Ziel einer Verbesserung ihrer Finanzlage erreichen würden, eine ausnahmsweise Gewinnverteilung aus den Ergebnissen des laufenden Geschäftsjahres vornehmen würde.

Kleine politische Umschau.

Noch immer französische Propagandaförderung im Saargebiet.

Wie aus einer Auslassung der „Reuentschener Volkszeitung“ hervorgeht, fehlt die französische Grubenverwaltung ihre Bestreben, die lazarischen Bevölkerung für französische Kultur einzufangen, fort. Zur französischen Kulturpropaganda gehört schon seit langem die Veranlassung sogenannter Sinfoniekonzerte, zu welchen die jeweilige Leitung französische Sinfonieorchester priorisiert eingeladen werden ergehen läßt. Die Konzerte der einladenden Behörde wird nach ganz bestimmten Gesichtspunkten getroffen. In erster Stelle rangieren natürlich die französischen Grubenbeamten und die sonstigen Angehörigen der französischen Kolonie. Es folgen dann die im Abhängigkeitsverhältnis stehenden Bergarbeitern, an 2. Stelle nehmen deutsche Gewerbetreibende oder Art, die, wie das Reuentschener Blatt mit beiderer Ironie feststellt, immer noch der alt lazarischen oder irigen Auffassung sind, eine gesellschaftliche Verbindung mit der Grube verpflichtet zu Gegenleistungen, die nicht auf geschäftlichem Gebiete liegen. Der Rest der Teilnehmer setzt sich zusammen aus solchen Leuten, die gern ein Konzert solennes schmornen während sie bei anderen Konzerten anstellungen deutschen Charakters fast nie zu sehen sind“. An den rein französischen Propagandacharakter dieser sogenannten Sinfoniekonzerte ändert auch die Tatsache nichts, daß die das Konzert ausübenden Musiker in der Hauptsache aus braven deutschstämmigen Bergarbeitern bestehen und daß die musikalischen Leiter dieser Veranstaltungen gute Deutsche sind. Sie liegen wie die Musiker unter dem Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse auf den Saargruben, die sie nicht zu ändern in der Lage sind, und denen sie zwangslosig sich fügen müssen. Dadurch wird aber der Charakter dieser Konzerteinstellungen als aufstrebend Gebiet liegender französischer Propagandamittel im Saargebiet nicht aus der Welt geschafft, die von der überwältigenden Mehrheit der musikalischen Bevölkerung des Saargebiets mit allem Nachdruck abgelehnt werden.

Arbeitsrat und Wirtschaftsräte.

Die Arbeitsrat und des Saargebiet bestrebt sich in ihrer Vollversammlung am 9. Dezember unter anderem mit Fragen, wie sie sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung im Saargebiet eraben. Vor allem waren es Fragen der Teuerung, die die Aufmerksamkeit weiter Arbeitnehmerkreise des Saargebiets immer aufs neue hervorgerufen. Man fordert von der Oberpreisprüfungskommission, daß sich diese etwas älterer ihren Aufgaben widmet, die auf dem Gebiet der Warenpreisgestaltung liegen, und die nicht immer mit der Beförderung des Franken Schritt hält. In der Frage der Erhöhung der Erwerbslosenrente wurde beschlossen, der Regierungskommission dringende die ernsthafte Prüfung dieser Frage zu empfehlen. Wie die

Saarbrücker Zeitung in ihrem Bericht feststellt, plahnen die Metzungen in der allgemeinen Aussprache über die Wirtschaftsprage deshalb besonders scharf aufeinander, weil man die Ueberzeugung von dem Beginn einer Wirtschaftskrise mit allen ihren Bedenken und Begleiterscheinungen hatte.

Aus den jüngsten Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Verordnungsentwurf der Regierungskommission zur Neuregelung des Arbeitsnachweiswesens im Saargebiet verabschiedet wurde. Es handelt sich hier um eine Regelung, die sich fast an das Vorbild in Reich anlehnt. In der Frage der Regelung des Berufsschulwesens für das gesamte Saargebiet wurde in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß die Kammer die beabsichtigte Regelung der Materie im Interesse des weiteren Ausbaues des Berufsschulwesens begrüßt und ihre baldige Erledigung wünscht. Die Stellungnahme der Kammermitglieder ergebe sich aus den schriftlich niedergelegten Meinungen zu den einzelnen Bestimmungen. Besonders Anlaß zu eingehenden Ansprüchen gab im Plenum und in der zuständigen Kommission die Absicht, Bezirksberufsschulen einzuführen, den obstatuarischen Religionsunterricht in den Lehrplan hineinzunehmen und die Stellung der Berufsschulen im Rahmen der Verordnung. Die Berufsschulen werden wegen ihrer unbestrittenen Vorzüge gegenüber kleinen Privatschulen begrüßt und gefördert. Die freien Gemeinschaften werden sich scharf gegen den Religionsunterricht. Die Arbeiter aber halten eine weitere Ausdehnung der Schulzeit für unmöglich. Da sie sich zusammen mit den meisten Arbeitnehmervertretern gegen eine Beschränkung des beruflichen Unterrichts wenden, bleibt nur noch die Möglichkeit der Einführung des Religionsunterrichts als Pflichtunterricht übrig. — Die Arbeitnehmer-Kammermitglieder halten die vorgeschlagenen Bestimmungen über die Berufsschulen für ungenügend, um eine ausreichende Mithilfe der Arbeitnehmer beim Auf- und Ausbau, sowie bei der Verwaltung dieser Schulen zu bekommen. Das letzte Wort zu diesem Verordnungsentwurf ist noch nicht gesprochen. Der Bundestag wird sich sicherlich noch recht eingehend mit ihm beschäftigen.

Zur Regelung des Ladenaufschlusses im Saargebiet wurde ein vorläufiger Entwurf der zuständigen Kommission zur beschleunigten Bearbeitung überwiesen.

Deutsche Saargängerhilfe an der Saar.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hatte in einem Antrag an die Reichsregierung erweiterte Hilfsmaßnahmen für die Saargänger verlangt. Dieser Antrag hat auch die Unterstützung des Plenums gefunden, womit dieser rechtskräftig geworden ist. Der Antrag an die Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

1. Zur Verringerung der Not der Frankentalerpropagierer folgende erweiterte Maßnahmen zu treffen:
 1. Die Richtlinien des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete vom 23. 6. 1926 für die Unterbringung der sogenannten Saargänger sind dahin zu ändern, daß die Arbeitnehmer mit einem landwirtschaftlichen Betriebe von über 15 Morgen ertragsfähigem Grundbesitz in der Regel von der Unterbringung ausgeschlossen bleiben.
 2. Die Wertgrenzen, d. h. Arbeitnehmer, welche rechtskräftig wohnen und am 1. Mai 1926 Frankentalerpropagierer waren, werden in die Betreuung einbezogen.
 3. Die Auszahlung der Unterbringung soll durch die Länder in der letzten Woche des Monats erfolgen. Für den Monat Dezember soll die Auszahlung der Räte mindestens eine Woche vor dem Monatsanfang stattfinden.
 4. Um die Auszahlung der Unterbringung an Nichtbesitzer sowie sonstige Mithilfe zu verhindern, sollen Vertrauensleute der Frankentalerpropagierer im Benehmen mit den Arbeitnehmersorganisationen hinzugezogen werden.
 5. Die Auszahlung des Bargeldes soll auch für die Frankentaler erfolgen.
 6. Arbeitnehmer mit einem Nebenberuf sollen entsprechend den Richtlinien von der Unterbringung ausgeschlossen sein, wenn sich die monatliche Gesamteinnahme der Haushaltung mit einem Kinde auf 140 Reichsmark beläuft. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Grenze um 15 Mark.

Die durch Verhandlungen mit der Saargebietung soll eine Anschließung der Sozialversicherung des Saargebietes an die Sozialversicherung des Reiches baldigst herbeigeführt werden.

III. Der Verkauf von Bestandsausfall soll zur Entlastung des gewerblichen Mittelstandes im besetzten Gebiet auch im unbesetzten Gebiet stattfinden.

Preussische Staatsschulden und Beamtenorganisation im Saargebiet.

Aus Bergbeamtenreisen wird der „Saarb. Ztg.“ geschrieben: In der Nachkriegszeit haben sich alle Stände gemeinschaftlich selten zusammengelassen, so auch die preussischen Staatsbeamten. Vor

dem Kriege waren diese Beamten lediglich Verbänden angehörend, die mehr kollektiven Charakter und fast ausschließlich den Zweck hatten, die Ständesinteressen der betreffenden Kategorie zu wahren, Verbindung mit der betreffenden Behörde zu halten, bildungsmäßig auf die gesamten Mitglieder einzuwirken und dadurch das Ständebewußtsein des einzelnen stärkend und nach außen hin dem ganzen Stande die gebührende Achtung zu ertönen. Durch die Abtrennung des Saargebietes von Preußen, durch die dadurch hervorgerufene Aufstellung westlich gerichteter Verbände und durch gewissermaßen zwangsweise Auflösung der alten Beziehungen traten die Staatsbeamten in die führenden Organisationslinie ein. Einestweilens einem dringenden eigenen Bedürfnis Rechnung tragend, andererseits um zu belanden, daß sie nicht den weitaus größten Verbänden angehören. Die wirtschaftliche Lage der auf Wunsch der preussischen Regierung im Saargebiet verbliebenen Beamten hat sich aber leider aus gewissen Gründen dadurch arg verschlechtert. Das Ansehen des Staatsbeamtenstandes nach außen hin hat gelitten. Die Ständebewußtheit, die sich andere Gruppen erhalten haben, ist zum Teil verschwinden und das Verhältnis zu den vorgesetzten Behörden in Preußen ist teilweise getrübt. Heute herrscht unter dem Rest der im Saargebiet verbliebenen Staatsbeamten ein betriebliger Zwist, der, wenn er noch lange anhält, den ganzen Stand auf eine Stufe bringt, von welcher er sein Erbehen nicht gibt. Die Beamten einer Kategorie, welche die gleichen Wünsche und Bestrebungen haben, sind verschiedenen Organisationen angegliedert, die in ihren Grundrissen einander widersprechen. Andere Beamte sehen sich hilflos an und sind nirgendwo angehörend. Und gerade jetzt, wo die Frage der Rückkehr des Saargebietes an Preußen akut zu werden scheint, ist vor allem ein allgemeines Zusammengehören, ohne Rücksicht auf Partei und Weltanschauung, dringend notwendig, denn die Staatsbeamten wollen nicht mehr und nicht weniger als das, was infolge der Zerstückelung verloren gegangen ist, wiederhaben.

Die Wochensamstagsfeier im Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Preussische Landtag hat einen Ansuchenvertrag genehmigt, in der die Reichsregierung ersucht werden soll, den Plan der Schiffbauverwaltung von Saar und Mosel in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung aufzunehmen. Die preussische Regierung wird ersucht, dem Plan die weitestgehende Förderung zuzugestehen zu lassen.

Kleine Tageschronik.

Die Saargebietwohlfahrtsmarken.

Wie wir bereits meldeten, hat die saarländische Polizeiverwaltung einen Satz Wohlfahrtsmarken herausgebracht, die nach übereinstimmendem Urteil weiter philantropischer Kreise wohl zu den schönsten und zweckentsprechendsten aller bisherigen Wohlfahrtsmarken zu rechnen sein dürften. Ihre technische Herstellung ist ganz hervorragend und auch in künstlerischer Beziehung dürften sie als wohlfelgend bezeichnet werden.

Ueber die einzelnen Marken ging der „Saarbrücker Zeitung“ eine Aufschrift zu, der wir die folgenden Angaben entnehmen:

In gutem Magenta zeigt die Marke zu 20 Cts. das Bild des Blinden mit Zühererhand. Ein längst gewohnter Anblick aus dem täglichen Straßenleben. Das Licht wirkt auf den Blinden lächelnd. Er hält die Hand lächelnd vor das Auge. Seelisches Leid, körperlicher Schmerz, Wehleidet hat er dem Vaterland das schwere Pflaster gebracht, das ihn mit tiefer Nacht umgibt. Jetzt ist ihm der Strahl des Lichtes gar zum Weh geworden. Deshalb tragen Blinde früher in bekanntlich grüne Schutzbrillen oder Wägenführer.

Die Marke zu 40 Cts. führt in ein Spital. Sorglich bemüht sich die Pflegerin um den Kranken. Mehr als Teilnahmefähigkeit liegt auf den Zügen des Patienten. Da habenummer und Sorgen ihre Furchen gezogen. Er will die rauchenden Schloten nicht sehen, die der Wind durch das Fenster vermittelt. Sie sind ihm vielleicht zum Verhängnis, zur Krankheit oder gar zum Unglücksfall geworden. Jetzt mag er sich hineingrubeln in die furchtbaren Gedanken, daß das Krankengeld nicht reicht, um so und solche hungrige Mäuler zu foppen. Dagegen weiß er das graue Kleid: In der Mietwohnung riecht es einen unarmherzigen Hauswirt, in der Notwohnung Hilflosigkeit und Verzweiflung, in der dunklen Stube, in der die Gestirte bleicher und bleicher werden. So, was sagt nicht alles so eine kleine Briefmarke. Gibt sie nicht noch mehr des Nachdenkens auf? Ermahnet sie nicht, über eigenen teuflichen Sorgen der viel größeren Not leidender Mitmenschen eingedenk zu bleiben?

Die Marke in Orange zu 50 Cts. wirkt etwas freundlicher. Es sind die kleinen Bäckchen, die man aus der Großstadt kauft, aus dem düsteren Hinterhaus und der feuchten Kellerwohnung, wo sich niemals die Sonne zeigt, herausgezogen und zur Genugung in die Sommerküche wandert. Jetzt haben sie im Gefäß, trinken heilkräftige Wasser aus frischem Quell, trinken Licht und Sonne in ihre unternehmigen Körperchen. Dann sind sie wieder für einige Zeit bereit gegen den Würgengel, der ihnen so tödlich lauert, — die Tuberkulose. Da gibts viel zu hoffen — viel auf zu machen!

Die schönste Postbriefmarke des Saargebietes ist jedoch die Wohlfahrtsmarke zu 1.50 Fr. geworden. Edward v. Geßdorf, der Düsselbacher Meister, hat das köstliche Bild der Mutter mit dem Kinde gemalt. Im kräftigen Blau kommt es bis in die kleinsten Einzelheiten zur Geltung. Was liegt da nicht für ein Göttertraum, ein zuwerfliches Festen in dem Ansehen der jugendlichen Mutter. Ein wahrhaftes Gebot auf die Mutterliebe. Und das kleine Würgengel? — Ob es am Leben bleibt? — Welche Lebensschule es auch immer sein wird, verläufig bleibt das Leben des Kindes die Sorge der Allgemeinheit. Mutterliebe — Mutterleid, wie liegen sie so nahe zusammen. Eine soziale Aufgabe von weittragender Bedeutung wird hier dem stillen Behälter inne. Es sind Menschheitsaufgaben, Aufgaben der Nationen.

Saarbrücken: Für die Kriegesgräber auf dem Ehrenfriedhof sind von der Regierungsumstimmung 70 000 Fr. zur Verfügung gestellt worden. Daneben sollen 50 000 Franken für Grabsteine und 14 000 Franken für Anpflanzungen Verwendung finden.

Der Turnverein Saarbrücken 1848 hat Sonntag, den 5. Dezember, seine zweite Turnhalle feierlich eingeweiht. Der Verein hat, wie die „Saarbrücker Zeitung“ hervorhebt, den Rat befolgt, dem Mangel an Turnraum in Saarbrücken durch Vergrößerung der im Jahre 1908 vollendeten alten Halle nach Möglichkeit abzuheben. Der durch den Anbau gewonnene Turnraum beträgt 170 Quadratmeter, wozu noch die für turnerische Zwecke notwendigen 80 Quadratmeter große und modern eingerichtete Vorrichtung- und Festhalle kommt. Mit der alten Turnhalle sehen jetzt insgesamt 634 Quadratmeter Turnraum zur Verfügung. Die neue Halle ist von der alten durch eine etwa 100 Quadratmeter große Elektroschauhalle getrennt, die in dieser Größe bisher noch nie in Anwendung gekommen ist. In seiner Rede über erinnerte Gauvertreter Burt an die Worte, die der inzwischen verstorbene Kreisvertreter Schmal gelegentlich der Weise der alten Halle im Jahre 1908 geäußert: „Wäre dieses Haus ein deutliches Haus sein für alle Zukunft und mögen alle, die sich in diesem Hause ankommen, befehl sein von dem idealen Jährling Turnzeit.“ Mit dem gleichen Spruche wolle auch er das neue Haus weihen, das nicht nur eine Stätte der turnerischen Erziehung, sondern auch ein Hort für das kulturelle Leben Saarbrückens sei. Ohne Unterschied des Standes und der Konfessionen könnten sich alle Volksgenossen zur Arbeit an Volkstum und Vaterland in ihm zusammenschließen.

Bürgermeister Dr. Reises überbrachte die Glückwünsche der Stadt Saarbrücken und des Stadtamtes für Leibesübungen. Wer heute die Halle mit ihren gewaltigen Dimensionen sehe, der müsse sagen: Gut als vor dieser großartigen Leistung des 48er Turnvereins! Ueber der Eingangstür müßten die Worte stehen: Selbst ist der Mann! denn dies geht ausschließlich aus eigener Kraft habe der Verein dieses große Haus erstellt. Die Durchführung sei ein Beweis für den Mut, die Tatkraft und das Selbstvertrauen der Männer des Vereins. Der Bürgermeister unterließ dann die Bedeutung der turnerischen Beschäftigen, die durch den Bau in Saarbrücken einen starken Impuls erlitten, und stellte unter allgemeiner Zustimmung den Grundgedanken auf: Alles was seine habe, gehöre von Rechts wegen in die Turn- und Sportvereine. Der Redner schloß mit dem Wunsche auf eine frohe, stolze Zukunft des Turnvereins von 1848.

Der kürzlich an Stelle des verstorbenen Schulrats Schmal gewählte Kreisvertreter Pfeiffer-Wehler sprach im Namen des Mittelrheinvereins und der Deutschen Turnerschaft dem Verein die herzlichsten Glückwünsche aus. Er habe sich gefreut, zur Vornahme seiner ersten Amtshandlung ins Saargebiet reisen zu können, dessen Turnzeit er mit dem Reich und der Turnerschaft so innig vermahnen fühlte. Er sei gerne Dolmetsch für alles das, was rechts des Rheines für das Saargebiet gesagt, gedacht und getan werde. Der stolze Bau zeige, daß es um die Turnerschaft im Saargebiet nicht schlecht stehe und er zeige weiterhin, was Mitle, Treue, Liebe zur Sache vermöge. Der

Kedner sah die Wurzeln dieses Geistes und dieses Willens in der Einheit von turnerischem und deutschem Wesen. Er schloß mit einem Dank und einer Ermahnung an die Jugend, der Zeit der Väter treu würdig zu sein.

Der selbsterleuchtende Vorsitzende des Stadtverbandes zur Förderung des Leibesübungen, Dr. Becker, grüßte im Namen dieses Verbandes, Stadtschulrat Bongard überbrachte die Glückwünsche der Sängerschaft. Das Haus sei entstanden aus jenem Idealismus heraus, der, wenn man ihn am tiefsten erfasse, sich in zwei Worten zusammenfassen lasse: Trohmem und democh!

Der Verschönerungsverein Saarbrüdens St. Johann ließ nach dem auf seiner diesjährigen Hauptversammlung erstatteten Jahresbericht am Himmelsfahrtslage noch langen Jahren der Ruhe in Gemeinschaft mit der St. Johanner Turnerschaft den W f o - u - n - D a n n b e g a n g wieder aufnehmen. Da dieser die regle Teilnahme der Bevölkerung gefunden hat, so soll der Wald und Bannweg alljährlich unternommen werden. Dem verstorbenen Ehrenvorsitzenden, Gemeindevater Wolters, soll durch Schaffung einer Anlage ein sichtbares Zeichen der Ehrung errichtet werden. Ferner ist die Errichtung eines Verteidigungsturms auf dem höchsten Punkt des Schwarzen Berges geplant, für die Vorarbeiten in dem neuen Arbeitsjahr 1927 aufgenommen werden sollen, damit dieser Turm bis zur Wiedererrichtung mit Deutschland beendet werden kann.

Am 4. Dezember wurde der Erweiterungsbau des Krankenhauses Kottbusch in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste eingeweiht. Als Bauleiter und Vorsitzender des Vorstandes gab Architekt Franz Kaiser einen kurzen Rückblick über die Vergangenheit des Krankenhauses: 1901 ein kleines Gebäude mit 25 Betten, 1910 schon 80 Betten und heute ein modernes Krankenhaus nach den Erfordernissen einer fortschrittlichen Medizin eingerichtet. Ueber 220 Betten verfügt man jetzt. Sonderabteilungen bestehen für Orthopädie und Unfallkrankheiten, Chirurgie, Frauenkrankheiten und Geburtshilfe. Die Königensabteilung ist nach modernsten Grundplänen aufgebaut. Eine Sonderbitte vor allem: ein großer Zanderaal mit fünfzig Liebungsgaraten.

Nach Architekt Kaiser sprach Herr Sanitätsrat Dr. med. Maurer als Vertreter der Ärztegesellschaft. Er verteilte das von seinem Vorehrer Gesagte und wies vor allem auf die Schwierigkeiten hin, die sich ergaben, bis das Krankenhaus Kottbusch das war, was es heute ist. Im Namen der Ärzte des Krankenhauses sprach er seinen Dank für das Entgegenkommen aus, das der Vorstand immer gezeigt habe. Auch für die Bevölkerung Saarbrüdens dankte er.

Die Verkehrsveränderung hat auch im Saargebiet eine Gestaltung angenommen, die es notwendig erscheinen ließ, wie in anderen Großstädten so auch für Saarbrücken eine Verkehrsordnung aufzustellen. Mit Genugtuung kann dabei festgestellt werden, daß sich die Saarbrücker Polizeiverwaltung unter ihrem jetzigen Polizeierwalter Mattern die fortschrittlichen deutschen Verkehrsmaßnahmen, wie dieser es kürzlich bezeichnete, zum Vorbild für die Verkehrsregelung in Saarbrücken genommen hat. Wenn auch für die Stadt Saarbrücken nicht irgendein neues Verkehrssystem schematisch übernommen werden könne, so ließ, erklärte er, es dennoch notwendig, die Verkehrsregelung in Saarbrücken dem deutschen System möglichst anzupassen. Von den vorgesehenen Neuerungen sei hier nur hervorgehoben der Plan, die Bahnhof- und Kaiserstraße zu Einbahnstraßen zu gestalten. Alle von Markt durch die Trierer Straße kommenden Autos, deren Ziel das Hotelrotel und die Richtung Vrebach ist, müssen, wenn die Behimmung rechtsgültig wird, die Bahnhofstraße passieren. Umgekehrt ist als Fahrtrinne für die von Vrebach kommenden Autos die Großerzog-Friedrich-Straße und die Kaiserstraße vorgesehen. Um die Schuljungen über die Gefahren des modernen Großstadtverkehrs und über das richtige Begehen der Straße zu unterrichten, hat sich die Polizeiverwaltung mit einem entsprechenden Antrag an die Schulen gewandt. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn in der „Saarbrücker Zeitung“ mitgeteilt wird, daß einige Schulmänner einen auffälligen Verkehrsfließ deshalb abgelehnt hätten, weil es dabei notwendig wäre, die Jugend ins Kino zu führen.

Vrebach. In der Nacht zum 9. Dezember entstand auf der Halberger Hütte eine heftige Hochexplosion, die mit starken Erschütterungen verbunden war, die sich in der gesamten Umgebung bemerkbar machte. Zum Glück sind keinerlei Personen dabei zu Schäden gekommen.

Gödingen. Der Badewärter Ludwig Simon aus Gödingen hat in den Jahren 1925 und 1926 drei Personen vom Tode des Ertrinkens in der Saar gerettet. Für die tapferen Taten ist dem Badewärter ein Belohnungsschreiben des Präsidenten der Regierungskommission zugegangen, Außerdem wurde ihm ein Geldgeschenk von 800 Franken bewilligt.

Neunkirchen. Einer Anregung des neuen Bürgermeisters Dr. Baller entsprechen, wurde hier ein vorbereitender Ausschuss zur Gründung einer Organisation heimatländlicher Forschungen, umfassend den heimatischen Kreis, gebildet. Der Bildung dieses Vorbereitungsausschusses gingen einflussreiche Ansuchen über wichtige Organisationsfragen und praktische Beschäftigung im Dienste heimatländlicher Forschungen voraus. Dr. Balländer, Saarlouis, wies darauf hin, daß die langen Kriege gefolgt politische Zersplitterung und Zerrissenheit nach einem einigenden Boden verlangte. Heimatgedanke und Volkstum als ererbtes Gut offenbaren sich in der Volksgemeinschaft, in den Massen. Ein Zusammenreffen aller Volksgenossen ist zu erreichen. Der Kampf im Grenzlande Elsas-Vosgingen um die Volkseele um Sprache, und Deutschum sei vorbildlich für das Saargebiet. Die praktische Arbeit schafft Satzungen und stellt der neugegründeten Organisation und den einzelnen Ortsgruppen wichtige Aufgaben. Der Volksprache, den Naturwissenschaften der Heimat, Denkmälern u. a. m., ist ein aufmerksames Auge zuzuwenden. Die Arbeitsweise verpricht den Erfolg. Heimatliebe mit zweideutigen Beiträgen, die das deutsche Lied umrahmen soll, sind zu veranstalten. Die Heimatliebe muß der Beweggrund aller Forschung sein. Die Presse nach der heimatländlichen Forschung größte Dienste leisten. Die Heimatliebe soll dem Vaterlande dienen und dem Frieden Europas. Dr. Holl verbreitete sich in seinem Vortrag über die großen Aufgaben der in Bonn bestehenden Anstalt für rheinische Heimatforschung. — Oberhalb der Wiesensäle werden zurzeit 4 große Beeten errichtet, die der H i s - z u - c h dienen sollen. Alle Arten Äpfel, selbst Forellen, sollen hier gezüchtet werden, um sie später in die Wies und andere nahe Gewässer auszuweisen. — In der Kobelenbahn am hiesigen Stahlwerk rutschte der 21 Jahre alte Rangierer K a l l e n b a c h beim Anhängen eines Wagens von der Lokomotive aus, geriet unter die Maschine, die ihm ein Bein direkt am Oberschenkel abrühr, so daß er in kurzer Zeit an Verblutung starb. — Der auf dem Neunkirchener Eisenwerk beschäftigte neheiratete Eisenwerker August Ulrich gab auf seinen Meister 5 Revolvergeschüsse ab, ohne diesen jedoch zu treffen. In der Annahme, daß er den Meister erschossen habe, richtete er die Waife gegen sich selbst und lödete sich auf der Stelle. — Die „Saar- und Wies-Zeitung“ meldet aus Höden: Abends kurz nach 7 Uhr wurde der Schichtmeister der Grube Frankenhof, Karl Collet von hier, etwa 60 Meter von seiner Wohnung in der Mühlwieser Straße von vier maskierten Räubern überfallen, niedergemacht, gemordet und der Kassenkassettentraubt. Einer der Räuber blieb bei Collet stehen, während die anderen drei nach der Grube Frankenhof liefen und dort im Kassengebäude über eine halbe Million Franken stahlen. Dann kehrten die drei Eindringler zu Collet zurück und schafften diesen unter Hilfeleistung des dortigen Mannes bis vor die Eingastaltenermühle in den Wald, wo sich sofort zwei der Kumpare entfernten, während die zwei anderen noch eine halbe Stunde bei Collet im Walde verblieben und diesen an jedem Versuch, zu entkommen, hinderten. Dann schlugen sich auf diese beiden seitwärts in die Büsche und entliefen. Da alle vier maskiert waren, wurde keiner von Collet erkannt.

Friedrichthal. Infolge Grubenüberschäden mußten die Schulsäle des Schulhauses in der Ebersberger Straße geräumt werden, wodurch sich erhebliche Anzunützlichkeiten für einen geregelten Schulbetrieb ergeben haben. Die Schuldeputation hat daher beschlossen, eine Klasse der Schule im Sitzungssaal des Rathauses und die beiden anderen in den Räumen der Berufsschule vorübergehend unterzubringen. Weiter wurde beschlossen, der Grubenverwaltung vorzuschlagen, den Großsaal sofort anzupachten, um die in der Berufsschule befindlichen Kinder unterzubringen. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln seitens der Gemeinde gegen die Grubenverwüstung, eventuell auf dem Klagenwege vorzugehen, damit diese die Gemeinde für das durch Grubenbau unbrauchbar gewordene Schulhaus genügend entschädigt. — Am die Schulhaus zu beschließen, vertrat man den Standpunkt, in der Bismarckstraße in Friedrichthal einen Schulhausneubau zu errichten und das Schulhaus in der Hofstraße in Bildhof durch entsprechenden Stodausbau zu vergrößern.

an der Spitze derjenigen Männer gestanden hat, die sich im Bund der Saarvereine zur Deutscherhaltung des Saargebiets betätigt haben. Ehre seinem Andenken, er ruhe in Frieden! H. B.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Schuhmachermeister Michael Wagner und Frau Barbara geb. Bell in Fischbach, die Eheleute Peter Bohnerl und Philippine geb. Gatz in St. Ingbert, die Eheleute Heinrich Matthias Burgard in Püttlingen.

Sein 25jähriges Berufs- und Geschäftsjubiläum konnte am 28. November Schlossermeister Walter Kopp, Saarbrücken 1, bei Gelegenheit einer ihm zu Ehren veranstalteten Feier der freien Schlosserzunftung wurde dem Jubilair das Diplom des Reichsverbandes überreicht.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte Regierungsdirektor Pfordt vom Landratsamt Saarbrücken.

Reichstagsabgeordneter Emil Kirjmann, der als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem parlamentarischen Ausschuss des Bundes der Saarvereine angehört, wurde als Oberregierungsrat in das Preussische Ministerium des Innern berufen. Herr Kirjmann wird im Innenministerium das Weistretel übernehmen, und somit in dieser Weise Tätigkeit mehr noch als bisher mit den Fragen des deutschen Westens in Verbindung stehen. Oberregierungsrat Kirjmann ist einer von jenen wenigen parlamentarischen Vertretern, die stets mit regem Interesse und innerem Verständnis auch den Saargebiet keine rege Aufmerksamkeit geschenkt haben. Er hat an den Beratungen des parlamentarischen Saarausschusses auch stets regen Anteil genommen und auf die Entschickungen derselben fastlichen Einfluss ausgeübt. Wir hoffen, daß er auch als Oberregierungsrat den Beratungen des Saarausschusses und somit den Arbeiten des Bundes der Saarvereine sein unermüdetes Interesse widmet. Jedenfalls begrüßen wir, daß er durch seine Berufung in das preussische Innenministerium gerade dem Arbeitsgebiet zugeführt worden ist, dem er sich innerlich, wie seine bisherige Tätigkeit beweist, stets eng verbunden gefühlt hat.

S. Abschiebesieger für Herrn Direktor Paul Raabe in Homburg. Herr Direktor Paul Raabe ist ein geborener Saarbrücker, der nach dem Kriege von der Firma Gehr. Stumm mit der Leitung des Homburger Eisenwerkes betraut wurde, siedelt am 1. Januar nach München über, um die Leitung des in München-Pasing gelegenen Werkes der Gebr. Stumm A.-G. und zugleich die allgemeine Vertretung seiner Firma für Süddeutschland zu übernehmen. Direktor Raabe, der zu jeder Zeit mit großer Treue dem deutschen Interesse seiner Heimat gedient hat, gehörte u. a. auch der ersten historischen Saar-Delegation an, die sich hilfsleistend nach Genf wandte zu einer Zeit, wo ein solches Unternehmen noch außerordentlich gefährlich war. In Homburg unterließ Paul Raabe mit unermüdetem Eifer alle Betreibungen, die den Interessen der Heimat dienten, so das Turnen und Schwimmen, die Kriegervereine, Sanges- und Musikfeste und alle Volksbildungs-Veranstaltungen. Der Fabrikverband Westfal, dessen langjähriger Vorsitzender Paul Raabe war widmete ihm, wie die „Saaroz.“ berichtet, am vergangenen Samstag eine Abschiedsfeier, bei welchem Anlaß Landrat Niedhammer zugleich im Namen des Bürgermeisters Ruppertsberg, Homburg den Scheidenden als treubehütenden Mann und tüchtigen Vertreter heimlicher Interessen feierte und Regierungsrat Wagner vorstehend ihm für die Förderung aller künftlichen und idealen Betreibungen dankte. Raabe war u. a. auch Vorsitzender der Deutsch-Saarländischen Volkspartei in Homburg. Den Betreibungen des „Saarvereins“ hat Herr Raabe stets das größte Interesse entgegengebracht. Er gehörte mit zu denjenigen aufrichtigen Männern die in der Tätigkeit des „Saarvereins“ nichts Verbotenes und nichts Geschwändiges erblickten, sondern die es den ansammelnden deutschen Wüßern und Schwächern als ihr gutes Recht auslachten außerhalb des Saargebietes für die Deutscherhaltung der Saargebiet Auswanderungsarbeit zu treiben. Er nahm es deshalb auch für sein gutes Recht in Anspruch, offen und frei die Tätigkeit des „Saarvereins“ anzuerkennen. Der Saarverein hat vor Jahresfrist als Herr Direktor Raabe, welcher Hauptmann der Reserve des Kaiserregiments gewesen ist, mit jungen und alten Angehörigen aus dem Saargebiet nach Berlin kam um der Einweihung des Denkmals des Kaiserregiments beizuwohnen, die Ausgänger in herbstlicher Weise in der Reichshauptstadt aufgenommen. So sehr wir den Weggang dieses kerkennlichen Mannes aus dem Saargebiet im Interesse der Deutscherhaltung unserer Saargebiet belagten müssen, so betrüben wir andererseits es sehr, daß er als neuen Wirkungsstätte München gewöhlt hat, wofolst er sich in der Bundesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine zum Besen unserer Saargebiet weiterbetätigen kann. In diesem Sinne ein herzliches Glückwünsche die Sachleitung des „Saar-Grund“.

Todesfälle. Saarbrücken: Nikolaus Stöhr, 76 Jahre; Johann Spühler, 81 Jahre; Frau Elise Höhlweg, geb. Schellenberger, 61 Jahre; Frau Clara Klaus, geb. Hiemann, 75 Lebensjahr; Fräulein Clara Kobermann, Oberlehrerin i. R. 60 Jahre; Heinrich Schant, 75 Jahre; Rudolf Hajner, 20 Jahre; Frau Charlotte Käßlmann, geb. Kraff, 81 Jahre; Witwe Maria Feldbinder, geb. Heintz, 80 Jahre; Frau Walburga Theuerhorn, geb. Vorheiser, 23 Jahre; Conrad Wieland, 63 Jahre; Johann Heintz, 66 Jahre; Hermann Burgard, 22 Jahre; Fräulein Emilie Hermann, 27 Jahre; Nikolaus Raab, 40 Jahre. — Fohlingen: Frau Jakob Schuppmann, Sophie geb. Kugensiel, 68 Jahre. — Neuhardt: Witwe Maria Heintz, geb. Schäfer, 70 Jahre; Frau Daniel Werner, Lina geb. Jung, 29 Jahre. — Karlsbrunn: Adolf Pflatter, 44 Jahre. — Friedrichshaf: Otto Bohrmann, 35. Lebensjahr. — Nieden: Luise Kappert, geb. Honeder, 65 Jahre. — Merzdorf: Johann Schneider, 61 Jahre. — Neunfirchen: Emil Schneider, 31 Jahre; Witwe Georg Wundorf, Katharina, geb. Schmidt, 70 Jahre; Frau Ella Baumhauser, geb. Holentranz, 35 Jahre; Wilh. Grabänder, peni. Bergmann, 70 Jahre; Peter Martin, 65 Jahre; Karl Bügler, 70 Jahre; Ludwig Kiefer, 62 Jahre. — Sinnerthal: Frau Philippine Drumm, geb. Glöfer, 74½ Jahre; Frau Ella Baumhauser, geb. Holentranz, 35 Jahre. — Ottweiler: Frau Jakob Richter, Magdalene, geb. Germann, 45 Jahre; Schlossermeister Heinrich Hirtzen, 70 Jahre; Nikolaus Keil, 68 Jahre; Frau Margarete Müller, geb. Baschlin, 30 Jahre. — Welleweller: Bergmann August Wagner, 50 Jahre. — Westingen: Gustav Kallmeyer, 52 Jahre. — Wöschgen: Frau Wäldermeister Peter Hecker, geb. Marg. Lauer, 49 Jahre. — Hüttersdorf: Frau Anna W. Grob, geb. Weinsbacher, 72½ Jahre. — Ueberherrn: Johann Kelland, 68. Lebensjahr. — Kraulhausen: Frau Barbara Fuhr, geb. Fontaine, 49 Jahre. — Saarlosen: Wilhelm Lutz, 82 Jahre; Wilhelm Serret, 59 Jahre; Frau Maria Lükemann, geb. Burdenth, 69. Lebensjahr; Gustav Walflet, 47 Jahre. — Felsberg: Frau Peter Rapp, Theresia, geb. Schwarz, 37 Jahre.

Dom Saargrubebau.

Einer des französischen Raubbaues. Auf der Schachanlage Edward getiel der Steiger Theodor Zimmer aus Püttlingen mit dem Kopfe zugleich zwei Fördermagen, so daß er einen lebensgefährlichen Stödelbruch davontrug. — Auf Grube Kampbächen wurde dem Wäfflingen Franz Schmitt aus Hüttersdorf durch herabfallendes Gestein ein Bein und ein Arm durchschlägen. Der Führer der Grube wurde dem Knappschafstalarzeit Frischbach nachgeführt. — Steiner verunglückte auf der Grube Victoria der Bergmann Franz Becker in Püttlingen, so daß seine Ueberführung ins Knappschafstalarzeit erfolgen mußte.

Wiederaufbau verfallender Wohnhäuser. Die französische Grundverwaltung hat nun endlich zwei in der Saarbrücker Straße in Dudweiler gelegene und dem Verfall preisgegebene Wohnhäuser durch einen Unternehmer wieder wohnlich einrichten lassen. Die Häuser werden auch mit schweren eisernen Säulen versehen, so daß sie wieder sehr einiger Zeit bewohnbar sind. Bei ihr damit nicht erreicht, denn der Raubbau unter der Saarbrücker Straße geht weiter, andere Häuser sind immer bedroht.

Saarwirtschaftsleben.

Stillsgelegtes Saarwerk. Die gesamte Belegschaft der Saarwerke in Homburg ist wegen Arbeitsmangel bei fortiger Entlassung gestündigt worden. Die Mehrzahl der Arbeiter kommt aus dem Wehrbinder Bezirk.

Das deutsch-französische Saarabkommen über den Warenverkehr zwischen Deutschland und dem Saargebiet hat die notwendige Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden, so daß das Abkommen mit dem 1. Dezember in Kraft gesetzt werden konnte.

Kreditgewährung an saarländische Handwerker. Der Handwerksrat des Saargebietes ist von der Landesbank der Rheinprovinz ein Betrag von 200.000 Mark zur Kreditgewährung an Handwerker im Saargebiet zur Verfügung gestellt worden. Auf Grund dieser Kredite werden an die Handwerker Darlehen bis zum Höchstbetrage von 1000 Reichsmark ausbezahlt zu dem gleichen Zinssatz, wie er für Handwerkerkredite im Reich festgelegt wurde. Der Zinssatz beträgt derzeit 9 Prozent. Zurübzuzahlen ist der Kredit bis zum 30. November 1927.

Vom „Bund der Saarvereine“.

§ Heber das deutsche Saargebiet und seine ferndeutsche Bevölkerung, über die Geschichte und die geographischen Verhältnisse, über die wirtschaftliche Bedeutung und über all' das, was sich seit dem Zusammenbruch Deutschlands an der Saar ereignet hat, wie es gekommen ist, daß dieses deutsche Gebiet unter die Fremdherrschaft gerathen ist, darüber, was das Volk an der Saar unter dieser Fremdherrschaft die langen Jahre hindurch ausgestanden hat und über seinen vorbildlichen Kampf um die Deutschbeitragung des Saargebietes hielt der Vertreter der Geschichtsstelle Saarverein, Verwaltungsdirektor Vogel-Beilin, am Freitag, den 10. Dezember 1926, einen sehr interessanten, eindrucksvollen Vortrag vor der Traditionskompanie des 8. Rhein. Inf. Reg. 70, der 1. Anhaltischen Kompanie des 12. Infanterie-Regiments der Reichswehr in Dessau. Als Zuhörer hatten sich auch Angehörige der 4. Kompanie und Vertreter des Offizierskorps, an der Spitze Herr Oberstleutnant Schürmann eingefunden.

Der Chef der Traditionskompanie, Herr Hauptmann Walter, begrüßte zunächst den Redner des Abends, den er herzlich willkommen hieß und dem er aufrichtigen Dank sagte für seine Bereitwilligkeit, den Angehörigen der Traditionskompanie des 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70 einmal etwas von Land und Leuten an der Saar zu erzählen; gerade die Angehörigen dieser Kompanie hatte großes Interesse für die ehemalige Garnison des Infanterie-Regiments Nr. 70 in Saarbrücken. Verwaltungsdirektor Vogel dankte für die ihm dargebrachte Begrüßung, indem er es für eine Ehrenpflicht erklärte, an dieser Stelle vor den Angehörigen der Traditionskompanie des 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70, dem auch er angehört habe, seine Dank auszusprechen, für all' das, was ihm die militärische Erziehung in diesem Regiment auf seinen Lebensweg im Kampfe um das Dasein mitgegeben habe. Er hielt es weiter für sein Pflicht, an dieser Stelle ausdrücklich zu betonen, wiewohl großen Verlust das deutsche Volk durch die Bestimmung des Versailles erlitten habe, daß ihm nämlich die allgemeine Wehrpflicht und damit die Möglichkeit der wertvollen und bedeutungsvollen militärischen Erziehung der deutschen Jugend genommen worden ist. Sodann ging Redner zum eigentlichen Thema über, indem er eingangs darauf hinwies, daß das Diktat von Versailles und unter Bruch der im Herbst 1918 amtiert und teilweise von dem damaligen Feindbündnis gegebenen Versprechungen eines wahren und gerechten Friedens aufgezungen worden sei und zwar aufgezungen unter Androhung der Fortsetzung des Krieges, sowie der Hungerblöde gegen Frauen, Kinder, Greise, Kranke und Schwache. Das Diktat sei ausgeht auf der englischen deutschen Schuld am Weltkrieg. Diese Kriegsschuld läge bei der Rechtsunterlage, mit der das vernichtende Vorgehen gegen Deutschland seit 1918 vor der Welt und dem Weltgewissen begründet worden sei. Nach eingehender Schilderung der landschaftlichen Schönheiten des Saargebietes und seiner ferndeutschen Geschichte kennzeichnet der Redner die vaterländische Geliebung des Saargebietes, indem er näher einging auf das vorbildlich schon Verhältnis, wie es an der Saar zwischen Militär und der Bevölkerung stets bestanden habe. Er erinnert an die schöne Zeit, die die 7. Manen, welche 1870 die Macht an der Saar gehalten hatten, die 7. Dragoner, die 8. Artillerie und das 8. Rheinische Infanterie-Regiment Nr. 70 in Saarbrücken verleiht hätten. Er ging näher auf das gute Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Militär in Saarbrücken durch lebhafte Schilderungen des feierlichen Empfangs des 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70 im Jahre 1887, als es zum ersten Male Saarbrücken als Garnison bezogen habe, sowie auf des 50jährigen Regiments-Jubiläum ein. Weiter schilderte er den Abschied von den Truppen der Saarbrücker Garnison am Tage der Mobilmachung und das prächtige Bild des Auszuges des Regiments Nr. 70 mit den kühnsten Offizieren und der Regimentskapelle, an der Spitze der in der Saarbücker Bürgerschaft allgemein beliebte Obernachtsmeister Siebold, welcher vier Tage frühzeitig nach schweren Weiden in Cassel geordnet sei. Auch an sonstige einzelne Episoden aus der Geschichte des Regiments kam er bei seinen Ausführungen über die treudeutsche Geliebung des Saargebietes zu sprechen, um dann auseinanderzusetzen, wie es gekommen sei, daß das deutsche Saargebiet dem heutigen Sozialjugehörig worden ist. Er erläuterte eingehend die bekannte Saarlüge, um damit den Beweis zu liefern, daß Frankreich zu der Falschung einer Urkunde habe greifen müssen, um die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland und seiner Ausantwortung an den französischen Imperialismus zu erreichen. Sodann malte er interessante Bilder von all' dem, was sich im Saargebiet seit dem Eintritte der Franzosen abspielt habe. Alles sei weiter nichts als die Fortsetzung der Kaubpolitik Louis XIV. So dann ging er näher auf die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse

im Saargebiet ein, um mit begeisterten Worten den Kampf zu schildern, den das Saarloft unter dieser Fremdherrschaft nimmer seit 8 Jahren ausanhielt habe. Die schwere Not und die harte Bedrängnis des Saarlandes können dem deutschen Volke gar nicht laun und oft genug sprechbar werden. Mit einer Fähigkeit und einem Bewusstsein, die zu den höchsten Leistungen und Höchstleistungen habe das Saarloft trotz aller Bedrückungen und Verdrückungen die Hinwendung zu Frankreich gründlich abgelehnt und nicht einmal, sondern mehr als tausend Mal bei allen Gelegenheiten, die sich geboten hätten, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: „Das Saarloft war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben.“ — Im Anschluß an die mehr als einhundert Ausführlungen führte der Redner dann noch etwa 80 Lichtbilder vor, um zunächst das Saargebiet in der künftigen Abtrennung nach dem Versailler Vertrag zu zeigen, und um wunderbare und interessante Bilder aus Stadt und Land vorzuführen. Es folgten dann wohlgeleitete Bilder vom Steinhohlenbergbau, von der Eisen-, Glas- u. m. Industrie des Saargebietes, unter denen sich auch verschiedene unter Tag gemachte Aufnahmen sowie Bilder aus dem Betriebe der Eisen- und Stahlwerke von Gebr. Hülsing in Püttlingen/Saar und anderen befinden. Im Saarloft vieler Bilder wurde nachgewiesen, daß der Lebensreiz des Saargebietes die Steinhohle sei, die in vielen Ländern wäheren anderen Steinhohlen vorkomme. Neben dem Saarbergbau haben auch die Eisen- und Stahlindustrie sowie viele andere Industrien eine gute Entwicklung angenommen. Schließlich wurden einige Bilder aus der Geschichte des Saargebietes gebracht, durch die ebenfalls einwörtlich nachgewiesen werden soll, daß, solange die Geschichte des Saargebietes und die Geschichte Frankreichs besteht, daß Saargebiet gut preußisch und der preußische Teil auf dauernd gewesen ist. Den Schluß des Lichtbildervortrages bildeten 20 ebenfalls wohlgeleitete Aufnahmen von der Jahraufendfeier des Saargebietes, zu welcher der Redner Erläuterungen über die Schlägen gab, die die nur unter dem französischen Einfluß lebende Saarbürgerstammkommission angewandt hat um die Freier zu beinträchtigen und um sie im Saargebiet überhaupt unmöglich zu machen. Die Freier sei trotz allem großartig verstanden, sein einziger Zwischenschritt habe den reinen Charakter der Kundgebung gestiftet und die Saarbewegung habe es laut in die Welt gerufen, daß die Jahraufendfeier, die als eine belohnende hehre Freier von der gesamten Bevölkerung des Saargebietes begangen werden ist, der feierliche Abstimmungstag für das Saarloft sei, in der es der ganzen Welt kundgeben habe, für wen sein Herz schlage und wohin sein Herz gehöre: „Für und zu Deutschland! Herr Oberstleutnant Schürmann dankte am Schluß mit tiefbewegten Worten dem Vortragenden für seine treudeutschen Ausführungen, die ganz gewiß alle bis ins innerste gerührt hätten und die besonders den jungen Soldaten, die diese vaterländischen Worte vernommen hätten, eine Mahnung auf den Lebensweg geben müßten, um trenn zu stehen zu ihrem geliebten Vaterlande!

§ Saarverein Ortsgruppe Köln E. A. Am Mittwoch, dem 1. Dezember 1926 fand in unserem Vereinslokal, Rudolfstraße 36, die letzte diesjährige Monatsversammlung statt. Der Bericht war zufriedenstellend. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Gründung einer Sterbekasse. Als Grundbedingung für dieselbe stehen 1300 Reichsmark zur Verfügung. Die Gründung der Sterbekasse haben wir ganz besonders unserem unermüdlichen 1. Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister John, und ebenfalls unserem unermüdlichen 1. Vorsitzenden, Herrn Bezirksrat-Sekretär Baumüller, zu verdanken. Die von der Verammlung genehmigten Forderungen werden jedem Mitglied demnächst zugeandt. Nebenbei sei noch bemerkt, daß ein besonderer Beitrag von unterm Mitgliedern für die Sterbekasse nicht erhoben wird. Das Sterbekapital beträgt vorläufig 120 RM. für Mann und Frau. Als Zeugnisausweise für den Fall wurde Herr Rektor Diegen gewählt und als Kassensprüfer ebenfalls Herr Dieken und Herr Kaufmann Looser. Die Weihnachtsfeier für unsere Vereinsangehörigen findet am Freitag, den 17. Dezember, im Rudolfsaal statt. Gäste sind herzlich willkommen. Herr Warter Koch aus Andernach wird die Festrede halten. Wegen der Jahresversammlung im Monat Januar ergeht ein besonderes Schreiben.

§ Die Ortsgruppe Steintin des Bundes der Saarvereine kann von ihrem Wirken wiederum Erstbeurteilung berichten. Auf Grund ihrer Anregung hat die Gemeindevorwaltung Pfaffenwalde beschlossen, die bei dem Grundstück Langstraße 20 abgehende Querstraße von der Langen Straße mit „Saarstraße“ zu bezeichnen. Außerdem hat auch die Stadt Pfaffenwalde eine Straße mit „Saarstraße“ neu benannt. Zu diesem Erlaß herzlichen Glückwünsche!

§ Die Ortsgruppe Kassel des Bundes der Saarvereine, unter dem Vorsitz von Herrn Obernachtsmeister A. D. Hans Siebold einen schweren Verlust erlitten hat, hat leider einen weiteren Verlust zu beklagen: Das Mitglied Herr Volz

Kriminalsekretär Meurer verschied am 3. d. Mts. plötzlich durch Herzschlag. M. gehörte zu den Braven, die beim Beamtenstreit ausgewiesen wurden. Er gehörte als Soldat von 1902—1910 dem Saarbrücker Alanen-Regiment Nr. 7 an. Die Ortsgruppe wird ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

§ Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Hamborn. Die Monatsversammlung der Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine am vergangenen Samstag im Ratsellerjaale. Der Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat Dr. Petry, konnte bei Eröffnung der Versammlung feststellen, daß die Mitgliederzahl und die Teilnahme an den Monatsversammlungen fortgesetzt zunimmt. In seiner einleitenden Rede schilderte er die Verhältnisse in Südtirol, die er auf einer Ferienreise studiert hatte, und verglich sie mit den gegenwärtigen Zuständen im Saargebiet. Zum Schluß teilte er die Vorstandsbeschlüsse bezüglich der nächsten Monatsversammlung mit, welche einmütig gebilligt wurden. Der Kassierer der Ortsgruppe, Herr Kriminalbeamter Kurz, als Kassierer, erinnerte dann in humorvollen Worten an die pünktliche Beitragszahlung, damit die Ortsgruppe auch ihren Verpflichtungen gegenüber der Hauptgeschäftsstelle in Berlin nachkommen könne. Ferner nahm er Bestellungen auf den Saarkalender entgegen. Weitere Bestellungen auf dieses schöne und umfangreiche, mit zahlreichen Heimatbildern ausgestattete Werk können noch bis Ende dieses Monats gemacht werden. Der Preis beträgt 2. Mark. Herr Kauber schilderte dann in längeren Ausführungen die neuesten Ereignisse im Saargebiet auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet und ermahnte zum Schluß seiner Rede, die Ortsgruppe zu stärken zum Schutze unserer geliebten und schönen Heimat. Die Ausführungen fanden reichen Beifall, denn nirgends ist die Heimatliebe stärker zu finden wie bei dem Saargebietler. Mit freudiger Begeisterung stimmte die Versammlung das Saarlid an: Deutsch ist die Saar auf immerdar, deutsch ist unseres Flusses Strand und ewig deutsch mein Heimatland — und wie Sturmesbrausen erscholl der Saarschwur zum Schluß durch die Hallen des Ratsellers: Ihr Himmel hört, Jung-Saarpoll schwört, laßt es uns in den Himmel schrein, wir wollen niemals Knechte sein! Im weiteren Verlauf der Versammlung wechselten Gesangsvorträge, teils in Saarbrücker Mundart und Deklamationen, wobei sich Fräulein Storm als gute Sopransängerin und Herr König als Baritonist besonders auszeichneten. Ebenso fanden die humorvollen Darbietungen des Herrn Caub aus Schmidthorst lebhaften Beifall. Gegen Schluß der Versammlung konnte Herr Dr. Petry feststellen, daß auch diese Versammlung sich den bisherigen würdig anschließen könne. Unter Zurücksetzung aller parteipolitischen Meinungen wollen die im weiten deutschen Vaterlande zerstreuten Saarländer zusammenstehen, um den Heimatbrüdern und -schwestern zu zeigen, daß man ihrer nicht vergißt. Für die liebe Heimat und unser geliebtes Vaterland, das soll unsere Devise sein. — Es ist dringend zu wünschen, daß die Ortsgruppe Hamborn des Bundes der Saarvereine auch von der einheimischen Bevölkerung, den Behörden und den industriellen Werken größte Beachtung findet. Mindestens sollte jeder der noch etwas Vaterlandsliebe besitzt die monatlich zweimal erscheinende Monatschrift des Bundes der Saarvereine „Der Saarfrend“, abonnieren (Bezugspreis 50 Bfg. pro Monat). Auch in der städt. Veschalle und in den Gasthäusern mühte diese Zeitschrift aufzulegen.

Bücherbesprechung.

„Studien zur Dialektgeographie des Kreises Saarlouis“ heißt ein von Herrn Studienrat Dr. Aloys Lehnert, Dillingen, verfaßtes größeres Werk, das in großem Oktavformat XII und 278 Seiten stark, mit einer Karte im Verlage Fritz Klopp, Bonn am Rhein, erschienen ist. Der Preis beträgt 12 RM. Der erste Teil der Arbeit gibt eine Darstellung der Mundart von Diefflen. Der Verfasser war bemüht, überall altes Sprachgut aufzufuchen und dem Lexikographen reiches Material zu liefern. Auf die Lautlehre folgt eine eingehende Flexionslehre, die in den meisten Arbeiten über Mundarten stiefmütterlich behandelt, wenn nicht ganz außer Acht gelassen worden ist. Nach der Ortsgrammatik kommt im zweiten Teil auch die Dialektgeographie zu ihrem Recht; sie ordnet die Mundart von Diefflen der eines größeren Gebietes, des Kreises Saarlouis,

unter. Auf mehrmonatigen Wanderungen ist das Material zusammengetragen worden. Im Südwesten reicht das behandelte Gebiet bis zu dat-das-Linie, die im allgemeinen als Grenze des Mosel- und Rheinfränkischen gilt. Dabei ist überall auf die Mundart des ganzen Saargebiets Rücksicht genommen. Der historisch-erklärende Teil zeigt dann, wie eng die Dialektlinien mit der Geschichte ihrer Heimat verknüpft sind. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Dialekt und Geschichte. Nicht nur dialektische und politische, auch politische und kirchliche Grenzen sind fast immer identisch. Daneben sind hydrographische und vor allem physikalische Grenzen nicht ohne Einfluß auf die Mundart geblieben. Dem Werke ist eine mehrfarbige Sprachkarte beigegeben.

* * Das Reich Luzifers. Der Arbeitsauschuß Deutscher Verbände hat Herrn Dr. Otto Pietsch veranlaßt, einen Roman: „Das Reich Luzifers“ zu verfassen. Der Verfasser veranschaulicht in leicht verständlicher, fesselnder Darstellungsart die für den Kriegsausbruch bedeutungsvollen Tatsachen der Vorkriegspolitik, für die ausschließlich einwandfreies Dokumenten- und Memoirenmaterial zugrundeliegt. Im Verlage von Quelle & Meyer, Leipzig, ist in diesen Tagen der Roman in Buchform erschienen. In geschmackvoller Ausstattung kostet das gebundene Exemplar 6 M. Die Herausgabe des Romans in Buchform, die im jetzigen Augenblick als politische Notwendigkeit wohl ihre besondere Berechtigung hat, ist nur dadurch ermöglicht worden, daß der Arbeitsauschuß Deutscher Verbände sich zur Uebnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren bereit erklärte. Der Roman eignet sich als gute und interessante Unterhaltungslektüre ganz besonders als ein Geschenkwerk für den Weihnachtstisch.

□ Alt-Dittweiler im Bild. Die Schönheit der lieben Saarheimat den in der Ferne Wohnenden stets vor Augen zu führen, haben einen Saarländer veranlaßt, eine Mappe: „Alt-Dittweiler im Bild“ herauszugeben. Die Mappe ist aus elegantem Glanzleinenband und enthält 10 Federzeichnungen nebst Titelblatt, der schönen, alten Pläne der Stadt Dittweiler. Die Zeichnungen entstammen der Feder von Erich Flegel, und sind in der „Hoferschen Druderei“ gedruckt worden. Die Mappe, die sich als vornehmes Weihnachtsgeschenk eignet, kann zum Preise von 12,50 RM. von Erich Flegel, Dittweiler (Saar), In den langen Gärten, bezogen werden.

Dieser Ausgabe des „Saar-Frend“ liegt ein Prospekt des Verlages Fritz Klopp G. m. b. H., Bonn am Rhein, bei, durch den den Beziehern des „Saar-Frend“ und den Mitgliedern des Bundes der Saarvereine bzw. seiner Ortsgruppen das Werk „Saarländische Volkskunde“ von Dr. Nikolaus Foz, Saarlouis-Roden, zu einem bedeutend ermäßigten Preis angeboten wird. Wir gestatten uns, auf den Prospekt hinzuweisen und das Werk unseren Beziehern und Mitgliedern zum Bezuge zu empfehlen.

Genfer

Bertretung

übernimmt noch für einige deutsche Zeitungen

L. Müller, Schriftsteller, Genève Schweiz
47 Chemin des Sports.
(Geborener Saarländer)

Gescheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“ Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 206) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zulassung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein G. B. Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Ferngespr. - Anschluß: Amt Halensheide 2213 - Bezugspreis monatlich: 50 Halbpfeiler. - Alle Zahlungen auf Postkontonummer Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Postkontonummer O. Berlin SW. 47, Velle-Allianz-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein G. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Frend“ erbeten. - Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. - Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein G. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schallplattenverlag, Berlin SW. 11.